

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Verleger: Amt Moritzplatz, Nr. 117 50-117 57

Donnerstag, den 25. November 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Verleger: Amt Moritzplatz, Nr. 117 50-117 57

Rücktritt des Oberbürgermeisters Wermuth

Oberbürgermeister Wermuth hat an den Magistrat ein Schreiben gerichtet, in dem er seinen Abschied erbittet. Er begründet diesen Schritt, den das ganze arbeitende Berlin mit dem größten Bedauern zur Kenntnis nehmen wird, mit seinem angegriffenen Gesundheitszustand. Es ist richtig, daß der Gesundheitszustand des Oberbürgermeisters stark angegriffen ist, aber das ist er nicht erst seit heute, und dadurch war Herr Wermuth bisher auch nicht verhindert, die angespannteste Arbeit im Dienste der Stadt zu leisten. In Wirklichkeit fällt Wermuth über den Elektrikerstreik, fällt er, weil ihm sämtliche bürgerliche Parteien die Fehde angelegt haben und weil eine einheitliche sozialistische Mehrheit fehlt, auf die er sich stützen kann.

Die bürgerliche Presse, voran die deutschnationale, wird heute Solalst blasen. Aber sie darf sich nichts einbilden. Der Ruhm, dieses Bild zur Strecke gebracht zu haben, fällt den Neukommunisten zu, Wermuths Sturz ist ihr erster „positiver Erfolg“ seit ihrer Abspaltung von den Unabhängigen.

In der Stadtverordnetenversammlung soll heute die Debatte über den Elektrikerstreik stattfinden, die am letzten Donnerstag wegen Ueberfülle der Stoffe verschoben werden mußte. Zu dieser Debatte lagen schon in der vorigen Woche vier Anträge der bürgerlichen Parteien vor, die alle für den Magistrat und den Oberbürgermeister recht unerschrocken lauten. Drei dieser Anträge fordern eine Untersuchung, der deutschnationale spricht die offene Mißbilligung aus. Um diesem Anschlag der Bürgerlichen zu begegnen, beschloß die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion am 18. November ein Vertrauensvotum für den Oberbürgermeister, das von allen sozialistischen Fraktionen unterzeichnet und angenommen werden sollte. Die Unabhängigen erklärten sich mit diesem Plan sofort einverstanden, bei den Kommunisten stieß er zunächst auf Widerstand, der aber in wiederholten ausführlichen Verhandlungen überwunden wurde. Es kam ein Antrag zustande, der unter gleichzeitiger Ablehnung aller anderen Anträge dem Oberbürgermeister für seine aufopfernde Tätigkeit im Dienste der unbemittelten Bevölkerung Berlins die Anerkennung ausbrachte.

Dieser Antrag erhielt die Unterschriften der drei sozialistischen Fraktionsvorstände: Heimann für die Sozialdemokraten, Wehl für die Unabhängigen und Dör für die Neukommunisten. So wurde er dem Bureau überreicht, er wurde in der letzten Stadtverordnetenversammlung und von den sozialistischen Fraktionen mit demontretendem Beifall aufgenommen.

Heute sollte nun dieser gemeinsame Antrag zur Abstimmung gelangen. Inzwischen war aber etwas passiert, was niemand erwarten konnte, der die Kommunisten nicht kennt, was aber freilich jeder voraussehen mußte, der sie kennt. Die Kommunisten fielen nämlich um, sie zogen ihre Unterschrift zurück und erklärten, nunmehr auch für das Vertrauensvotum nicht mehr stimmen zu können. Warum? Nicht das Gerüchte vor geschoben, was sie zu einer Veränderung ihrer Haltung veranlassen konnte, sie haben sich nur die Sache wieder anders überlegt, nachdem ihre noch verhältnismäßig vernünftigen Führer in einer Fraktions Sitzung am letzten Dienstag furchterlich abgeblüht worden waren.

Als Ergebnis der heutigen Stadtverordnetenversammlung war daher zu erwarten, daß die bürgerlichen Parteien geschlossen gegen Wermuth vorzugehen, während bei der sozialistischen Mehrheit eine solche Geschlossenheit nicht in Erscheinung trat. Ein Berliner Oberbürgermeister kann aber gegen die Bürgerlichen nur dann reagieren, wenn die sozialistische Mehrheit mehr als brüchiges Gestein oder bloßer Kaugummi ist. Darum ist der Oberbürgermeister Wermuth zurückgetreten.

Sein Rücktritt bedeutet unter solchen Umständen das Symptom einer schweren Krise im Berliner Gemeindeleben. Diese Krise ist eingeleitet worden durch den wilden Elektrikerstreik, den die Kommunisten gegen die sozialistische Stadtverwaltung anzettelten. Sie ist jetzt zum Ausbruch gekommen durch die Unüberwindlichkeit der Neukommunisten, die in entscheidenden Augenblicken, in denen an ihre Solidarität appelliert wird, schlaff verfallen.

Wermuths Rücktritt bedeutet für die sozialistische Stadtverwaltung Groß-Berlins einen unermesslichen Schaden und einen erheblichen Verlust. Wer selbst wenn es selbst eine gezielte Verantwortlichkeit zu finden, was nicht leicht sein wird, bleiben die Schwierigkeiten, die zu Wermuths Rücktritt führten, bestehen. Eine „sozialistische Mehrheit“, die in sich zerfallen ist, deren Führer unter Rückfall keine Solidarität und kein Verantwortlichkeitsgefühl kennt, sondern nur daran denkt, wie er den beiden anderen sozialistischen Fraktionen ein Bein stellen könnte, eine solche „sozialistische Mehrheit“ wäre nicht lebens- und arbeitsfähig; kein Magistrat und kein Oberbürgermeister würde sich auf sie stützen können.

Die Neukommunisten haben den bürgerlichen Parteien einen billigen Triumph bereitet. Fahren sie auf dem von ihnen betretenen Wege fort, so bedeutet das eben soviel, daß die Möglichkeit einer sozialistischen Stadtverwaltung radikal zerbrochen und die Stadt ganz einfach wieder der bürgerlichen Herrschaft überliefert wird. Denn, wie gesagt, was dem Oberbürgermeister Wermuth das Verbleiben im Amte unmöglich macht, das erschwert seinem Nachfolger, der sich auf die sozialistische Mehrheit stützen will, seine Aufgabe aufs äußerste. Die Kommunisten, alte und neue, können eben nur saputt-machen, aber sonst können sie nichts!

Zum Rücktritt des Oberbürgermeisters Wermuth wird uns aus Kreisen der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion noch geschrieben:

Wir bedauern diesen Entschluß auf das lebhafteste, um so mehr, als die neue Riesengemeinde gerade in den Anfängen der großen Gefährdung und organisatorischen Zerschlagung dieses Mannes auf dem Gebiete der Verwaltung schwer zu entraten können. Nur wer das kommunale Wissen Wermuths nicht nur von weitem, sondern von der Nähe in jahrelanger gemeinsamer Praxis beobachtet hat, wird völlig ermessen können, was er für Berlin bedeutet.

Zum Rücktritt des Oberbürgermeisters Wermuth wird uns aus Kreisen der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion noch geschrieben:

Wir bedauern diesen Entschluß auf das lebhafteste, um so mehr, als die neue Riesengemeinde gerade in den Anfängen der großen Gefährdung und organisatorischen Zerschlagung dieses Mannes auf dem Gebiete der Verwaltung schwer zu entraten können. Nur wer das kommunale Wissen Wermuths nicht nur von weitem, sondern von der Nähe in jahrelanger gemeinsamer Praxis beobachtet hat, wird völlig ermessen können, was er für Berlin bedeutet.

Schwere Anklage gegen Stinnes.

Der Sonderberichterstatter des Pariser linksrepublikanischen Blattes „Le Drapeau“, Stephen Bolot, der seinerzeit die französischen Gewerkschaftsdelegierten Jouhaux und Herrheim nach dem Ruhrgebiet und nach Berlin begleitet hatte und nunmehr seine Eindrücke in durchaus objektiven Aufzählungen schildert, erzählt u. a., er habe in führenden Vergarbeitskreisen des Ruhrreviers mehrfach vernommen, daß Stinnes in Spa auf die Befestigung des Ruhrreviers durch die Alliierten geradezu hingewirkt habe, weil er hoffte, unter dem Schutz der französischen Besatzung nicht allein sich des zunehmenden politischen und wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechtes der Arbeiterklasse entledigen, sondern auch sozusagen die Alleinherrschaft in der Kontrolle der Kohlenproduktion erlangen zu können. Dies hätte ihm in der entscheidenden Sitzung der deutschen Delegierten in Spa Dr. Balther Rathenau ins Gesicht gesagt.

Der Berichterstatter wollte nun nicht diese schwerwiegenden Angaben verwerten, ohne vorher mit Rathenau persönlich Rücksprache zu nehmen. Er suchte diesen auf, setzte ihm auseinander, was man ihm in den Vergarbeitskreisen über die Haltung von Stinnes in Spa und über den schweren Zusammenstoß zwischen Stinnes und Rathenau erzählt hatte und fragte ihn, was daran Wahres sei. Rathenau antwortete zwar etwas diplomatisch, doch ohne dieser Schilderung irgendwie entgegenzutreten, er habe Herrn Stinnes damals nicht sagen wollen, daß er ein schlechter Deutscher sei, sondern nur, daß es eben in Westdeutschland Industrie gäbe, denen eine militärische Befestigung als eine nicht ungünstige Zukunftsperspektive erscheine.

In eingeweihten Kreisen waren diese Vorgänge in Spa bereits bekannt. Das ist es das erste Mal, daß die Frage, ob Herr Stinnes damals die Befestigung gewollt habe oder nicht, öffentlich gestellt und von einer beteiligten Persönlichkeit wie Rathenau bejaht wird. Der erwähnte Ausfall im „Drapeau“ trägt die bezeichnende Überschrift: „Werden wir das Ruhrgebiet Herrn Stinnes zuliebe besetzen?“ Er hat in französischen Gewerkschaftskreisen Aufsehen erregt und im Organ der C. G. L. „Bataille“, Brandmarkt der bekannte Gewerkschaftsführer Marcel Laurent das abgekartete Spiel zwischen den deutschen und den französischen Schwerindustriellen auf Kosten des internationalen Proletariats. Es wäre aber gut, wenn man in der deutschen Öffentlichkeit sich mit dem Fall Stinnes auch nach dieser Richtung hin eingehender beschäftigen würde. Die „Gefahr“ einer Sozialisierung des Verdanes hat schon in oberitalienischen Kapitalistenkreisen sehr merkwürdige Erscheinungen hervorgerufen. Sollen sich die im Rheinland in verstärkter Form wiederholen?

Nichts lockt uns . . .

Anläßlich des Reichsanzeigerbesuches in Köln richtete unser Kölner Parteiblatt einen offenen Brief an den Reichsanzeiger, dem wir ein freudiges Bekenntnis zur Deutschen Republik entgegennehmen können:

„Wir begrüßen Sie,“ heißt es da, „als den Kanzler der aus-

Wermuths Wahl zum Oberbürgermeister von Berlin erfolgte im Juni 1912. Seit dieser Zeit hat er mit Aufbietung einer unvergleichlichen Arbeitskraft die Hauptstadtkasse verwalten. Unvergessen wird bleiben, was er namentlich während der Kriegsjahre geleistet hat, um das Los der durch die Ernährungsnot besonders gequälten niederen Volksschichten zu mildern. In Anerkennung dieser hervorragenden Verdienste um das Wohl der werktätigen Klasse und in Berücksichtigung der Tatsache, daß das bisherige Oberhaupt Berlins mit seinen Verwaltungsfähigkeiten das von ihm eifrig geförderte Einheitsberlin am besten in geordnete Bahnen überführen konnte, hatte die sozialistische Mehrheit ihn vor einigen Wochen an die Spitze der neuen Verwaltung gestellt. Seit Monaten war Wermuth der begehrteste Mann des gesamten Bürgeriums. Die kleinbürgerlichen Schichten sahen in engherziger Voransehen ihrer egoistischen Interessen in seiner Ernährungspolitik im Sinne des Gemeinwohls ihren Feind. Die deutschnationalen sowie die Volksparteier hielten den Mann, weil er die sozialen Probleme der Zeit erfaßt hatte. Eine beispiellose Begeisterung um die Wahl Wermuths zu hintertreiben. Indessen, sie blieb ohne Einfluß auf die Willensentschließung der sozialistischen Mehrheit.

Umso bedauerlicher und beschämender ist es, daß Wermuth heute fällt als Opfer der sozialistischen Uneinigkeit. Die Bürgerlichen werden jubeln, aber wer es ehrlich meint mit dem arbeitenden Berlin, der wird diesen Verlust und seine Ursachen aufs tiefste bedauern.

der Revolution geborenen Deutschen Republik. So unvollkommen dieser deutsche Freistaat noch ist, so eng fühlen wir rheinischen Sozialdemokraten, wir rheinischen Arbeiter und des Kopfes, uns doch mit ihm verbunden. Nichts hat uns zu den großen westeuropäischen Demokratien, am wenigsten der Truppenaufmarsch, den sie am Rhein vollzogen haben. Unsere Herzen gehören dem entwaffneten Deutschland, nicht dem waffenstrotzenden Frankreich. Nirgendwo lebt in den rheinischen Arbeiter eine Sehnsucht nach den imperialistischen Siegesparaden, nirgendwo gewinnen in unseren Reihen subjektive Einflüsse, die um materieller Vorteile willen die Länder am Rhein an Frankreich verhandeln wollen. Wir rheinischen Arbeiter stehen zu unseren Schicksalsgenossen rechts vom Rhein. Wir fühlen uns mit dem militärisch besiegten, wirtschaftlich und finanziell ausgeplünderten, durch einen unerhörten Friedensvertrag verkränkten, im Osten und Westen bedrohten deutschen Volke der Republik viel enger verbunden, als einst mit dem säbelraffenden, junkertlich regierten Kaiser Wilhelm II. Mehr als einmal haben die rheinischen Arbeiter durch einig und wuchtiges Aufbegehren die Sonderhändler am Rhein und ihre Hintermänner an der Seine zurückgedrängt. Wir stehen getreue. Auf die rheinischen Arbeiter kann sich die Deutsche Republik verlassen.“

Die enthaltsamen Demokraten.

Die sächsischen Demokraten haben in ihrer Landtagsfraktion nach Meldung der „Frankfurter Zeitung“ beschlossen, weder mit den deutschnationalen noch mit den Unabhängigen zusammen in einer Regierung zu arbeiten. Im dritten sächsischen Wahlkreis (Chemnitz) wurde sogar beschlossen, daß die Partei sich an keine Regierungsbildung beteiligen solle. Der scheinbar mildere Beschluß der Landtagsfraktion läuft praktisch ziemlich auf dasselbe hinaus. Allerdings bliebe theoretisch noch die Möglichkeit einer Regierungsbildung Deutsche Volkspartei, Demokraten und Sozialdemokraten, die aber an dem Widerstand unserer Parteigenossen scheitert.

Trüg ist allerdings die Meinung der „Frankfurter Zeitung“, daß dies die einzige noch bleibende Regierungskombination sei. Es ist nur die einzig für eine Beteiligung der Demokraten bleibende Kombination. Die Möglichkeit einer rein sozialistischen Regierung ist noch nicht als völlig gescheitert anzusehen.

Die neue Flugzeugbeschlagnahme.

Breslau, 24. November. Auf Anfrage bei den Junkers Flugzeugwerken erklärt das RFL über die Beschlagnahme von Flugzeugen durch die internationalisierte Kontrollkommission, daß es sich um elf Junkers Verkehrsflugzeuge, die für das Ausland bestimmt und zur Verschiffung nach Hamburg verladen waren, handelt. Die internationalisierte Luftverkehrskommission hat diesen Sonderzug seinerzeit ausdrücklich durch schriftliche Entscheidung als zivillich anerkannt, und die deutsche Regierung hat stets den Standpunkt vertreten, daß die Verschiffung und Ausfuhr dieser Verkehrsflugzeuge nicht unter das Verbot des Friedensvertrages falle. Für die elf Flugzeuge ist daher auch ordnungsgemäß die Ausfuhr-erlaubnis des zuständigen Reichskommissars erteilt worden.

Im Solde der Industrie.

Aus welchen Mitteln die Drgesch unterhalten wird, das zeigt folgender Brief, den uns der „Republikanische Führerbund“ zur Verfügung stellt und den wir im Auszug wiedergeben.

Bayerischer Industriellen-Verband E. V.

München, Sonnenstr. 5 I. Z. 55822.

Postfachkonto 249. Bankkonto: Deutsche Bank.

München, November 1920.

An unsere verehrlichen Mitglieder!

Nach angestrengter zweijähriger Arbeit aller nach Aufrechterhaltung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit strebenden Kreise ist es glücklicherweise, in Bayern wieder geordnete Verhältnisse zu schaffen. Den Mittelpunkt dieser Ordnung bildet die mit vieler Mühe ausgebaute

Einwohnerzehr.

Das hat die Gegenseite klar erkannt und deshalb versuchen jetzt unsere äußeren Feinde im Bunde mit unseren inneren Feinden dieses Volkwerk niederzureißen und uns wieder dem Chaos zu überliefern. Die Gefahr ist groß und es handelt sich jetzt um die Zukunft unseres harterbedrängten Vaterlandes.

Der Bayerische Industriellenverband benötigt in diesen Zeiten ständiger Gefahren eines Fonds, der es ihm ermöglicht, schnell zu handeln und Mittel zur Verfügung zu stellen, wo es die Not gebietet. Gelingt es nicht, das Notwendige zu schaffen, so müssen wir die Waffen strecken und alles preisgeben, was in harter zweijähriger Arbeit geschaffen wurde.

Darum Industrielle helft uns! Denkt daran, daß nie Geld besser angewandt wird, als hier. Wenn Ihr jetzt nicht Opfer bringt, dürft Ihr Euch nicht wundern, wenn Ihr später alles verliert. Außerordentliche Gefahren erfordern außerordentliche Mittel. Die Vorstandskasse hat deshalb beschlossen, Sie zu bitten, eine einmalige Spende

in Höhe des Jahresbeitrages Ihres zehnjährigen Jahresbeitrages zum Bayerischen Industriellenverband zu leisten.

Nur wenn alle Mitglieder diesem Rufe folgen, können wir hoffen, den Feldzug gegen die Feinde von Ruhe und Ordnung, gegen die Todfeinde des Bürgeriums zu gewinnen.

Die Vorstände des Bayerischen Industriellenverbandes E. V.

gez.: D. A. B. Kieppel, gez.: E. Spanner, gez.: H. Semlinger

1. Vorsitzender. 2. Vorsitzender. 3. Vorsitzender.

C. Martini, M. Kahle, Dr. A. Kufis,

1. Schriftführer. 2. Schriftführer. Hauptgeschäftsführer.

Man sieht, wie viel Geld für reaktionäre Zwecke dieselbe Industrie noch überflüssig hat, die ständig kommt, von sozialpolitischen Lasten und Steuern erdrückt zu werden! Wer noch als Minimum das Gehalt seines Verbandesbeitrages für die Drgeschende aufbringen kann, dem geht es wahrlich noch nicht schlecht. Aber das Schreiben beweist auch, daß die Drgesch nichts weiter ist als die Schutzgarde der Industriellen im Kampfe gegen die Arbeiterklasse.

Neukommunistische Treulosigkeit.

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:

Am 11. November erdienten Vertreter der rechten und der linken U.S.P. und der R.P.D. in Gegenwart eines in der Sache besonders unterrichteten Mannes die Schwierigkeiten, die der Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands und Sowjetrußlands entgegenstehen. Von der vorliegenden gemeinsamen Aktion der Parteien wurde abgesehen und beschlossen, daß den Fraktionen zunächst berichtet werde und in nachmaligen gemeinsamen Beratungen die weitere Verfolgung der Angelegenheit in Erwägung gezogen werden solle. Bis dahin sollte keine Partei selbstständig vorgehen.

Am 24. November wurden die Teilnehmer der Konferenz jedoch dadurch in Erstaunen gesetzt, daß „Die Internationale“ eine Interpellation veröffentlichte, die alles Wichtige enthielt,

was in der vertraulichen Sitzung besprochen worden war. Dieses Vorgehen war um so treulicher, als wir unserer Partei durch einen rechtsunabhängigen Abgeordneten mitgeteilt wurde, den Klagen des Beschwerdeführers in hohem Maße Rechnung getragen worden war, weshalb er ein Vorgehen der Arbeiterparteien nicht mehr wünschte.

Am Nachmittag des 24. November erging eine Einladung an die vier Arbeiterparteien; Vertreter zu einer Sitzung zu entsenden. Es erschienen: Wels, Adolf Braun, Crispian, Ledebour, Koenen und Lebt. Wels erklärte, daß das Vorgehen der linksunabhängigen gegen Treu und Glauben verstöße, weshalb bei dieser Methode ein Zusammengehen auch bei Einzelaktionen kaum mehr möglich wäre. Koenen leste dar, daß es ihnen nur darauf anläge, die noch fehlenden Unterschriften zu seiner Interpellation zu erhalten. Crispian wandte sich sofort gegen die übliche kommunistische Treulosigkeit. Da für die Mitglieder der S.P.D. die Angelegenheit erledigt war, verließen sie das Beratungszimmer.

Die S.P.D. und ihre Reichstagsfraktion ist entsprechend dem Beschluß des Kasseler Parteitages jederzeit bereit, die Aufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands und Sowjetrußlands eilig zu fördern. Unsere Partei wird nach dieser Richtung mit weit mehr Aussicht auf Erfolg wirken auf Grund eigener Entschlüsse, als die Hebertülpelungsversuche der R.P.D. es vermögen.

Freie Bahn dem Tüchtigen!

Aber nicht in der Reichswehr.

Der Hauptausfluß des Reichstages reichte am Mittwoch die Beratung des Reichswehrvertrages fort. — Dazu lagen zwei Anträge vor, ein sozialdemokratischer, der verlangt, von den aufgestellten 846 Staboffizieren 100 zu freieren, und ein bürgerlicher, der nur eine Erhöhung von 49 verlangt.

Reichswehrminister Gessler legt sich in längeren Ausführungen für Beibehaltung der etatsmäßigen Zahl ein.

Demgegenüber betont Abg. Stücken (Soz.), daß die Finanznot des Reiches ausschlaggebend sein müsse. Es ist bereits ein großes Entgegenkommen an das Reichswehrministerium, wenn man die von der Enquete angegebene Gesamtzahl von 4000 Offizieren ungeschmälert bewilligt. Seine Partei geht über dieses Verbot unter keinen Umständen hinaus.

Nach längeren Ausführungen wird unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages der bürgerliche Antrag angenommen, der die Zahl der Staboffiziere auf 600 festsetzt.

Ein weiterer Antrag Stücken (Soz.), die bisher im ganzen gestrichenen 89 höheren Offiziere nicht den etatsmäßigen 1149 Hauptleuten, sondern den 2027 Oberleutnants und Leutnants hinzuzufügen, wird angenommen.

Auf Anfrage Henke (U.S.P. rechts) über die Beförderung von Unteroffizieren zu Offizieren

antwortet General v. Braun (R.P.D.), daß es nach der Ablehnung seines Vortrages, die Zahl der 58 erprobten höheren Offiziere den Hauptleuten zuzuführen, es in der nächsten Zeit nicht möglich sei, Offiziere aus dem Mannschafsstande zu Hauptleuten zu befördern.

Abg. Stücken (Soz.): Die Ablehnung der Vermehrung der Hauptmannstellen ist unter keinen Umständen ein Grund sein. Offiziere aus dem Mannschafsstand nicht zum Hauptmann zu befördern. Redner drückt sich vor, eventuell gewisse Garantien zu verlangen, daß ein bestimmter Prozentsatz der beförderten Offiziere dem Mannschafsstande entnommen sein müssen.

Reichswehrminister Dr. Gessler erklärt, daß er die Beförderungsmöglichkeiten auf das sorgfältigste berücksichtigen werde.

Damit ist die Wiederholung des Offizierslebens erledigt.

Referent Stücken (Soz.): Die Zahl der im Etat verlangten 109 Musikmeister ist entschieden zu hoch, ebenso die verlangten 48 Orchesterleiter.

Oberst v. Krete erwidert, daß die Zerstückung der Regimenter in kleine Garnitionen diese Zahlen notwendig mache.

Auf Anfrage Stücken (Soz.), ob Unteroffiziere entlassen werden, weil sie einem politischen Verein bzw. dem Reichsverband deutscher Berufssozialisten angehörten, erwidert Minister Dr. Gessler, daß politische Gründe für die Entlassungen durch die Sitzungs-

kommission keinesfalls maßgebend sein dürften. Beschwerden werden genau geprüft.

Nach längerer Aussprache über den Wert der Briefschaften — wozu ein sozialdemokratischer Antrag vorliegt, die Zahl der Briefschaften von 48 auf 24 herabzusetzen — werden in der Abstimmung die Befoldungsvorlagen betr. Mannschafts-, Unteroffizier- und Feldwebelgehälter angenommen.

Die wahren Gründe.

Von Bestuntesrichter Seite wird uns geschrieben:

Die Ursache des Landarbeiterstreiks in Vorpommern sind Entlassungen von Landarbeiterfamilien, die am 10. November vorgenommen worden sind. Diese Streikfälle haben die Schlichtungsausschüsse beschäftigt, und in allen Fällen wurde von diesen ausgesprochen, daß die Rindigungen und damit auch die Entlassungen zu Unrecht erfolgt sind. Der Rechtsanspruch der Arbeiter führt auf eine Verordnung des Oberpräsidenten vom 20. April 1920. In einem Falle wurde das Schlichtungsverfahren ausgesetzt, weil der Arbeitgeber für den Streikfall das ordentliche Gericht (Landgericht Stralsund) angerufen hatte und dieses die Verordnung des Oberpräsidenten für rechtsunwirksam erklärte.

Damit glaubten nun auch weitere Kreise von Arbeitgebern trotz der vielen vorher ergangenen Schlichtungsausschüsse die Berechtigung derselben zu dürfen, ihre Arbeiter zu entlassen.

Die entlassenen Arbeiter waren zum Teil Funktionäre des Deutschen Landarbeiterverbandes. Es ist ihnen weiter kein Vorwurf zu machen, als daß sie sich organisiert haben und für ihre Organisation wirken. Das ist natürlich den Herren vom „Pommerschen Landbund“ unangenehm. Deshalb entlassen sie die Leute. Eine jede ungerechte Entlassung muß jetzt aber bei Beginn des Winters erbitternd wirken. Wenn dann die anderen Arbeiter ihren entlassenen Arbeitsgenossen beispringen und in den Streik treten, so darf das niemand wundern. Wer heute noch nicht entlassen wird, muß es morgen erwarten.

So ist der jetzige Streik entstanden, und wird es jedem unbefangenen Beobachter klar sein, daß, wenn durch diesen Streik eine Schädigung unserer Ernte eintritt, die Schuld bei den Arbeitgebern in Vorpommern liegt.

Ausdrücklich wollen wir feststellen, daß Notstandsarbeiten von den Streikenden verrichtet werden. Wo dies nicht möglich war, sind die Streikenden von den Arbeitgebern an der Ausführung der Notstandsarbeiten gehindert worden.

Mandatsverzicht. Aus Dresden meldet WTB: Der Bundesführer Richard Völski, Reichstagsabgeordneter und Führer der sächsischen U.S.P., hat auf sein Mandat zum sächsischen Landtage verzichtet.

Der Kellereur der Preussischen Landesversammlung beschloß am Mittwoch, am Freitag in die dritte Beratung der Verfassung einzutreten. Da eine große Anzahl Anträge neu eingebracht worden ist, soll die Fortsetzung der Beratung über die Verfassung erst am Dienstag erfolgen. Am Sonnabend und Montag wird der Etat weiterberaten.

Oberchlesens Autonomie. Die Mittwochssitzung des 21. Ausschusses zur Beratung des Autonomiegesetzes für Oberchlesien war vertraulich, jedoch ist sicher, daß das Gesetz die große Mehrheit des Ausschusses wie des Wenemus finden wird. Unter Vorläufiger Vermeidung einer Aussprache im Plenum werden die Parteien einstimmen zu dem vorliegenden Gesetzentwurf lebhaftig Erklärungen abgeben.

Die neue Zeitungsgebührenordnung, die ursprünglich bereits am 1. Juli d. J. in Kraft treten sollte, deren Inkrafttreten dann aber auf Wunsch der Zeitungsverleger zweimal hinausgeschoben worden ist, tritt laut Kabinettsbeschlusses nunmehr vom 1. Januar 1921 ab in Wirksamkeit.

Krankenkassenwahlen in Hamburg. Am Mittwoch sind die Wahlen der Arbeitnehmer zum Ausschuss der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Hamburg vorgenommen worden. Von 14 Listen fielen 9 auf die freigewerkschaftliche Liste, 2 an die Kommunisten und 3 an den bürgerlichen Block.

Die Juryfreie Kunstschau.

Von Dr. John Schilowski.

2. Ziele und Gewinne.

Die Juryfreiheit dieser Ausstellung ist keine absolute. Zwar wird jedes eingelangte Werk gegen Zahlung einer mäßigen Platzgebühr ausgestellt, aber bei der Platzierung findet doch eine gewisse Zensur durch den Arbeitsausschuß statt: die als wertvoll befundenen Arbeiten hängen in den Vorderzügen und der zweifelsfreie Schand ist in Schreckschamern vereinigt. Immerhin wird jedem Maler oder Plastiker, der die 20 M. Platzgebühr aufbringen kann, die Möglichkeit gegeben, vor der Öffentlichkeit zu erscheinen. Das Richteramt letzter Instanz liegt beim Publikum. Ihm erwacht daraus eine schwierigere Situation und eine höhere Verantwortung als bei den sonst üblichen Ausstellungen. Der Reichsluftwart Redlob hat in seiner Eröffnungssprache auf diesen Punkt nachdrücklich hingewiesen.

Es liegt im Charakter einer juryfreien Ausstellung, daß in ihr vor allem solche Künstler zu Wort kommen, die zu anderen Ausstellungen nicht zugelassen werden, teils weil ihre Arbeiten unter jedem diskutablen Niveau stehen, teils weil sie Zukunftswerte enthalten, die noch nicht verstanden und anerkannt werden. Sehen wir, was die Ausstellung in dieser Hinsicht bietet.

Grundsätzlich wäre zu sagen, daß unter den Künstlern, die nach Meinung der Ausstellungsgesellschaft eine besondere Beachtung verdienen, zwei ganz gewiß auszuscheiden sind: Velndorf (Saal 3, Rev. 66-71) und Schwichtenberg (4, 1102-08). Der erste erscheint bei aller Korrektheit düstern und namentlich in seinen Farben weder gefühlvoll noch sinnlich reizvoll, der zweite ist von einer unerträglich flauen Sühlichkeit, dabei hölzern und ausdrucksarm. Auch der mit zehn Arbeiten vertretene Kottner u. Meyer (5, 608-12), eine Figur aus Corinth und Ludwig v. Hofmann, kann kaum als zukunftsweisend gelten. Gute Kräfte zeigen die Arbeiten von Dehne (3, 578-84), die aber im einzelnen oft kleinlich und im ganzen zu wenig geliebert erscheinen. Aus den tonigen, in dünnem Farbauftrag sicher gestalteten Bildern von Davidson (4, 100-02) spricht mehr Kultur als starke Eigenart, und ebenso wirkt in den Kompositionen von Huth (21, 488-94) mehr das klare Erkennen und gesamtsinnvoll Distinguiertes als die unwichtige Empfindung, die aus einem inneren Zwange heraus schaffte. Der Gewinnliste nähern sich Brill (23, 142-44) und Schröder (22, 1121-27), die beide eine gewisse Größe der Formen zeigen, in der Farbenharmonik aber ein wenig monoton und schematisch wirken; Colin (22, 173-78) mit gut geordneten und in kernigen Linien eindrucksvoll gegebenen Akten, Rietsche (22, 868-70) mit starken dekorativen Arbeiten, die etwas an die Art des frühen Kandinsky erinnern; Straube (3, 1209-23), ein sehr interessanter Eigenbräuter, der suchend und experimentierend seltsame Wege geht und in der zusammenballenden Gestaltung optischer

Ratureindrücke namentlich koloristisch feines und dabei kräftiges gibt; und schließlich Bernsmeier (24, 91-93), dessen mit schlichten Mitteln fein gebaute Stimmungsbilder eine dekorative Delikatesse zeigen, wie sie bei deutschen Expressionisten nicht oft zu finden ist.

Als die eigentlichen Treffer der Ausstellung, soweit sie bisher unbeachtet ans Licht stellt, erscheinen uns die Arbeiten von W. Mohr und Karl Louis Heinrich-Solze. Mohr (4, ohne Nummern) lehnt sich an die französischen Kubisten, besonders Léger, an. Seiner ernst und sorgfältig durchgeführten, koloristisch reichen Kompositionen fehlt nichts als eine festere Geflossenheit des Aufbaues. Heinrich-Solze (24, ohne Nummern) wirkt durch klaren, reinen Farbenrhythmus und die temperamentvolle Wucht der Linien und Massen. Er erinnert leise an Franz Marc und Jozsef van Geesler, belundet aber doch eine sehr starke und altsächliche Eigenart.

Diese Ausbeute mag manchem gering erscheinen. Aber es wäre unbillig, mehr zu erwarten. Nicht jedes Jahr zeitigt ein neues wirkliches Künstler aus der Verborgenheit; er löst hat, so gebührt den Leitern des Unternehmens, in erster Linie dem rührigen Vorsitzenden Sandt, und daneben dem Kultusministerium Dank und ausmunternde Anerkennung.

Karl Goetze zum Schlichter in Hamburg gewählt. Der hamburgische Senat hat, wie uns gemeldet wird, auf Vorschlag der Oberstabsbehörde den Hamburger Schulinsektor Karl Goetze zum Schlichter ernannt. Goetze ist 1865 in Pinneberg als Sohn eines Fabrikarbeiters geboren, hat das Hamburger Seminar von 1884 bis 1887 besucht und ist dann in den Hamburger Schuldienst als Volksschullehrer eingetreten. Seit dem 1. Januar 1920 ist er Schulinsektor. Goetze hat sich als Pädagoge und pädagogischer Schriftsteller einen Namen erworben, der über Deutschlands Grenzen hinaus guten Klang hat. Wirklich wurde er von der preussischen und von der Reichsregierung zu Beratungen über pädagogische und schulpolitische Fragen eingeladen. Die Reform des Volksschulunterrichts, die Frage der händelischen Erziehung in der Schule und viele andere Fragen der Schulreform sind mit Goetze eng verknüpft. Die Hamburger freihöflich gestiftete Lehrerschaft wird die Ernennung Goetzes zum Schlichter freudig begrüßen.

Örterauslesen für die Volkshochschule schlägt Prof. Dr. Adolf Günther in einem Aufsatz vor, der das Verhältnis von Arbeiterklasse und Hochschule betrifft. Er nennt den Anspruch der Arbeiterklasse auf die Hochschule eine entscheidende Tatsache; er werde von nicht geringen oder geringwertigen Schichten der Arbeiterklasse erhoben. Gegen die von Minister Haenisch in seiner als sehr bemerkenswert gewürdigten Schrift „Staat und Hochschule“ erwähnte Forderung einer preussischen Studentenpolitik, nach der nur acht Studenten Söhne von Arbeitern waren, wendet Günther ein, auf Grund persönlicher Ermittlungen über die soziale Herkunft seiner eigenen Studenten an der Berliner Universität könne er bezeugen, daß die Arbeiterklasse glücklicherweise sehr viel größere Kontingente an die Universitäten entsandt habe. Doch auch das (es wäre bei den heutigen Studienkosten ein Phänomen!) würde noch nicht entscheidendes beweisen, und Günther

füßt sich auch auf die wichtigeren Tatsachen, daß neuerdings mancherlei Schulen gegründet worden sind, die das Ziel haben, besonders der Arbeiterklasse eine Bildungstätte zu sein.

Nun weist aber der Besuch der Volkshochschule da und dort Differenzen auf, die nach Ansicht Günthers vor einem Uebergehen des Interesses der Arbeiter zu warnen hätten. Insbesondere, wenn in Berlin anerkannte Hochschullehrer ihre Vorlesungen in der Volkshochschule vor einem halben Dutzend Hörer beginnen müßten, so kann Günther doch selber feststellen, daß die Erfahrungen in den meisten anderen Städten günstiger, in Nürnberg z. B. ausgezeichnet sind. Er möchte nun hier der Volkshochschule einen Weg zur besseren Sicherung ihrer Arbeit zeigen. Sein Vorschlag lautet:

„Die nämlich im parlamentarischen Staat das aktive Wahlrecht bei der Masse, die Mandatsausübung bei einer kleinen Minderzahl liegt, so kann die Volkshochschule auf diese Weise werden: nicht als wahllose Vermittlung von Lehrstoff an die Gesamttheit, sondern als Auslese einer viel kleineren Zahl; es läge nur darauf an, daß ein streng demokratisches Ausleseprinzip gefunden würde. Solange die von der Volkshochschule erwarteten Wirkungen einer solchen Auslese noch nicht eingetreten sind und man einwirken noch Grund hat, sie mit Zurückhaltung zu betrachten, müßte die Auslese für die Volkshochschule selbst und unmittelbar vorgenommen werden. Dies läge im Endergebnis darauf hinaus, den Organen des sozialen Lebens: Gewerkschaften, Betriebsräten, Genossenschaften, aber auch den Unternehmungen Gelegenheit zu geben, Verweise — und nicht nur noch Ueberzeugungsreisen oder Stimmkraft zu künftigen Funktionären Weisungen — in die Hörsäle der Volkshochschulen und ähnlicher Anstalten zu entsenden. Die Ausgewählten hätten sich für längeres Verweilen an den Bildungsinstitutionen einzurichten, müßten natürlich angemessen für den Lohnausfall entschädigt werden und wären unter Umständen zur Ablegung von Prüfungen zu verpflichten. Für kürzere Zeit ist das schon realisiert worden, in München etwa oder Frankfurt a. M., aber es waren dabei meist praktische Zwecke im Spiel. Ist aber das theoretische Verbedürfnis anerkannt, dann muß ihm auch ohne solche praktische Zwecke genügt werden. An Geldschwierigkeiten dürfte der Gedanke schwerlich scheitern, die Gewerkschaften gehören heute zu den bestsituierten Gruppen der Gesellschaft und die Genossenschaftler derzeit, die als Lehrer in Betracht kämen, ist bekannt; auch die Anforderungen an sachliche Beiräte dürften zunächst nicht zu groß sein.“

Auf diese Weise hofft Günther zu vermeiden, was jede andere Art Volkshochschulrichtung fürchten müßte: die durchaus dem Zufall ausgeliefert, jeder ordnenden Voraussicht entzogene Zusammenfassung ihres Publikums. Der Vorschlag würde aber eine Umwandlung der Volkshochschule, wie wir sie jetzt z. B. in großer Form in Berlin sehen, bedeuten, wenn etwa er so gebacht wäre, daß die Hörschule sich ganz nach diesem Ausleseprinzip bilden soll. Man würde dann zur bloßen Internatshochschule gelangen und die Arbeiterklasse, die jetzt noch eigenem Willen herankommt, wäre ausgeschlossen. Das ließe aber die Volkshochschularbeit zurückdrängen auf einen Punkt, der die Wünsche und Notwendigkeiten der Klassenstädte nicht mehr befriedigen könnte. Diskutabel scheint Günthers Vorschlag nur dann, wenn er darauf ausgeht, die frei zustehende Ökonomie durch eine Ökonomie, die in Auslese entzandt wird, zu ergänzen.

Groß-Berlin
Hungernde Studenten.

Die Notlage der Studentenschaft, die jetzt auf weitem Wege auf materiellem Gebiet härter als je zutage tritt, ist nicht erst in den Ereignissen dieser Tage begründet, vielmehr liegt ein Verelendungszug vor, der langsam, aber beharrlich Fortschritte macht...

Ein Teil unsere Studentenschaft hungert — das ist die tragische Einsicht, der sich auch die Arbeiterschaft nicht verschließen kann. In den meisten Fällen von ihrer Häuslichkeit losgerissen, sind die Studenten um so schonungsloser dem Miet- und Wohnungswucher ausgesetzt...

Trotz aller Meinungsverschiedenheiten politischer Natur kann es nicht der Wille des deutschen Volkes sein, seine geistigen Arbeiter verhungern zu lassen. Wer die elenden Gestalten, in düstige Kriegsmäntel gehüllt, in den Räumen der Universtität bloß und unterernährt gesehen hat, wird Verständnis für das Gills wert haben...

Ein Anfang zur Hilfe.

Von der Universität Berlin ist jetzt eine Studentenspeisung eingerichtet worden. Sie soll den Studenten ein ungefähres ausreichendes Mittagmahl zu erträglichem Preise gewähren.

In dem vom Reichsfinanzministerium für die Studentenspeisung überlassenen Räumen der Akademie an der Friedrichstraße begründete der Universitätsdirektor Prof. Seckel die Kasse. Die Größe der Not, die dieses Gills wert erfordert, sei noch nicht genug bekannt.

Eine Erweiterung des Wertes wäre nötig, aber noch fehlen die Mittel. Einsteuieren wird nicht nach der Bedürftigkeit des Gastes gefragt, doch will man später eine Stebung einführen.

Das Licht der Heimat.

Von August Hurlichs.

Dabei blieb er. Als Fied es trotzdem noch einmal sagte, richtete sich der Vohbauer in seiner ganzen Länge auf und sah den fahnen Kopf fürgeren Fied so sonderbar an...

Wieder fand eine Beratung in Metas Stube statt, bei welcher Fied berichtete. Dierk war verzweifelt. Sollte die Arbeit, alles Hoffen umfonst gewesen sein — alles zu schanden werden an einem einzigen Menschen?

Sommer hatte sich über die Karte gebeugt. Auch er war trostlos und suchte nach einer Möglichkeit, auf des Vohbauern Moor zu verzichten und die Anlage in das Nordseehner oder Osterseehner Moor zu verlegen.

„Du meinst also, es ist ganz ausgeschlossen, daß er verkauft?“ wandte sich Dierk an Fied, und der bestätigte es mit einem kläglichen Kopfnicken.

„Was nun? Man mußte, wenn man nicht alles lassen wollte, eben ins Nordseehner Moor gehen, so ungünstig es auch war.“

Bitter dachte Dierk an den Vohbauern. Er glaubte ihn von Kindheit an gebast zu haben, und hatte dieser Mensch ihn nicht als Kind schon aus seiner Heimat vertrieben?

„Und wir geben es doch nicht auf!“

„Was willst du machen? Hast du vielleicht ein Mittel, ihn umzustimmen?“

„Zur Zeit noch nicht — aber es könnte sein, daß man eines zusammenbrächte.“

„Wenn du Vren könntest, ja.“

„Seren können — das heißt mit dunkeln Mitteln arbeiten — ja, das könnte ich!“

dem Kasernengrundstück. Prof. Faber betonte die Notwendigkeit, der Wissenschaftlichen Nachwuchs zu erhalten.

Ein Wohnungsanzeiger.

Die dem Wohnungsverband Groß-Berlin bisher übertragenen Aufgaben sind nunmehr mit Ausnahme der Subventionierung von Neubauten und der Materialbeschaffung auf das Hauptwohnungsamt Berlin, Neue Friedrichstr. 50, übergegangen.

Der Anfall von Krantenmilch.

Auf Grund vieler Anfragen wegen des Ausfalls der Krantenmilch wird vom Nachrichtenamt des Magistrats folgendes mitgeteilt:

Die Milchzufuhr ist in erheblichem Maße zurückgegangen und befindet sich noch weiter im Rückgang. Auf den Rückgang hierauf vom Milchamt bei den Reichsbehörden vor längerer Zeit gestellten Antrag, die Einfuhr dänischer Frischmilch zu genehmigen...

Für Krante steht lediglich die nach Deckung des Kindernotbedarfs vorhandene Milchmenge zur Verfügung. Diese ist zurzeit so gering, daß das Milchamt genötigt ist, starke Einschränkungen in der Verteilung der Krantenmilch vorzunehmen.

Die Bezirksversammlungen.

Die Bezirksversammlungen von Charlottenburg eröffnete am Dienstag im Auftrag des Magistrats Stadtrat Koblenzer. Er schilderte, wie nach langjährigen Kämpfen endlich die große Gemeinde Groß-Berlin anlande gekommen ist und hob hervor, welche Vorteile besonders in Schul- und Steuerwesen der Allgemeinheit daraus erwachsen.

Die Bezirksversammlung des 14. Verwaltungsbezirks wurde gestern durch den Stadtrat Voegelich im Reußkölner Rathaus eröffnet. Nach einer die kommunalen Verhältnisse Berlins kennzeichnenden Einführungssprache wurden zum 1. Vorsitzenden Gottschall (U.S.P.), zum 2. Vorsitzenden Genosse Kunze und zu Schriftführer Tschand (Vöroert) und Walter (R.U.) gewählt.

Die Bezirksversammlung des 13. Verwaltungsbezirks wurde vom Magistratskommissar Stadtrat Schünung in der Aula des Theaters in Tempelhofer, Germaniastraße, eröffnet. Vor der Begrüßung der vollständigen Versammlung leitete der Arbeiter-Räteverband-Bereich Tempelhof-Marienpark Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes, den Akt recht stimmungsvoll ein mit dem Lied: „Kront den Tag“.

Ein großes Diebeslager.

das für mehr als 100000 R. Sachen aller Art, besonders aber Silberzeug barg, wurde in Köpenick entdeckt. Dort hatte sich in der Rüggeheimer Straße ein Paar eingekauert, das sich als Eheleute ausgab. Weil es immer Vokete erhielt, so geriet es in den Verdacht, irgendwelche verbotenen Geschäfte zu betreiben.

Eine Wohnung an Mieter und Vermieter.

Vom Nachrichtenamt des Magistrats Berlin wird folgendes mitgeteilt: Es kommt vielfach vor, daß eine Mieterpartei im Verhandlungstermin vor dem Mietungsamt über die erfolgte Lobung ihre Verwunderung ausdrückt und erklärt, der Mitwirkung des Mietungsamtes hätte es gar nicht bedurft, wenn der Vermieter unmittelbar mit ihr sich in Verbindung gesetzt hätte.

Die kaiserliche Gemeindefschule?

Aus Lehrerkreisen wird uns geschrieben: Gelegentlich einer Versammlung der Elternbeiräte des Kreises Grenzauer Tor in der Aula der Gemeindefschule Vorkerstraße erregte ein Bandschmied das Bestehen der Anwesenden. Die Band über dem Rednerpult zierte ein Relief, ein Kopfbild Wilhelms II. mit entsprechender Umrahmung.

„Sprich dich bitte etwas deutlicher aus“, sagte Dierk gereizt.

„Nun denn, man muß ihn von hinten packen, wenn es von vorn nicht geht. Ich hab mich natürlich nach seinen Verhältnissen erkundigt. Er hat zwar einen stattlichen Besitz, aber es lasten einige Hypotheken drauf.“

„Das wäre gemein“, sagte Dierk.

„Geh ich zu“, gestand Fied kalt. „Dann verzichte eben auf deinen Plan!“

Dierk drehte die Hände gegen die Schläfen: „Das kann ich nicht“, löbte er.

„Er oder du — etwas anderes gibts nicht. Und darum —“ Er schweig und sah sich um. Ketter antwortete ihm: „Soll ich also?“ fragte er.

„Nein!“ sagte da Metas hart und sogte seinen Arm, als müßte sie ihn zurückhalten.

Dierk wandte sich um und sah die Mutter verwundert an. „Nein“, sagte sie aufotwend, des soll er nicht. Aber — ich selbst will hin zum Vohbauern — morgen früh.“

Fied zuckte die Achseln. „Du — Mutter?“ rief Dierk.

Sie nickte. „Ja, ich muß mit ihm reden!“

„Dann gehe ich mit dir!“

„Nein“, sagte sie, „allein will ich zu ihm gehen, denn was ich ihm zu sagen habe —“ Sie sah starr geraden. Dierk sah, wie sie sich überwinden mußte bei diesem Entschluß. Er griff nach ihrer Hand und drückte sie: „Mutter!“

Sie schob ihn fort: „Ich will es versuchen.“ Dann ging sie aus dem Zimmer.

Der Vohbauer war ein einsamer Mann geworden. Nach dem frühen Tode seiner Frau hatte er sich mit Hausbälterinnen herumgeplagt, bis jetzt seine Tochter ihm den Hausbalt führen konnte.

Was bräunte ein Vohbauer Liebe? Der hatte seinen

großen Besitz und seine Arbeit, was wollte er mehr? Nein, mehr wollte er auch nicht.

Früher freilich, da war's anders gewesen.

Die lustigen, wilden Jahre — was für ein Kerl war er gewesen, wieviele Mädchen hatten für ihn geschwärmt! Und er — nun ja, er hatte sein Leben genossen — alle hatten sie ihn geliebt, alle, und die Nächte mit ihm durchstollt. Alle — nur eine nicht!

Und diese eine — er wußte nichts mehr von ihr.

Ihr Haus stand noch da, am Moor, neben den großen Feldern, die er dem mageren Heideboden abgetrotzt hatte.

Immer, wenn er vorbeiging, mußte er einen Blick darauf werfen. Allmählich war es verkommen und verfallen — verkommen wie die, die darin gewohnt hatte. Immer, wenn er vorbei ging, mußte er an sie denken.

Die einzige, die sich ihm verlagte hatte — die einzige, die er — vielleicht — hätte lieben können.

Warum hatte er den alten Kasten nicht längst abbrechen lassen? Holz und Steine hätte er manchmal gut verwenden können, aber irgend etwas hatte ihn abgehalten.

Er schaute gern einmal hin, wenn er vorbeiging — mochte es also stehen bleiben. Und zudem hatte sonderbarerweise auch seine Tochter eine Schwäche für den alten Bau, den sie doch in ihrer Kindheit kaum einige Male betreten hatte.

Erinnerungen? Er lächelte vor sich hin — er und seine Tochter, sie waren beide so gesund, um so etwas zu pflanzen. Nein, das wars nicht. Aber immerhin, man konnte das Gerümpel ja stehen lassen, es war niemand im Wege.

Er schalt auf die Arbeiter, die heute Latten aus dem Poun gebrochen hatten, weil sie zu bequem waren, andere zu befragen. Da hatte er von einem ein Wort aufzufangen: „Was hat der Bauer an dem alten Kasten?“ Darüber mußte er nachdenken, als er den sonnigen Weg nach seinem Hause ging. Na, was hatte er an dem alten Kasten?

Dabei war Besuch. Er trat in die große, kühle Stube. Da stand eine Frau am Fenster, städtisch gekleidet, mit orangen Haaren, aber aufrecht und kräftig. Er sah ihr ins Gesicht — und blieb verwundert an der Tür stehen. Das, das war doch — „Metas?“ rief er unwillkürlich.

„Ja, Uebe, ich bins“, sagte sie und streckte ihm die Hand hin. Er ergriff sie und umschloß sie mit seinen beiden.

(Fortf. folgt.)

Revision oder Rache?

...nun selbst als einen unzurechnungsfähigen Trottel er-
läutet, ist kein Kunstwerk! Sie ist es ebensowenig, wie Otto, der
Denke, in der Siegesallee ein Kunstwerk sein kann. Der sozia-
listische Berliner Magistrat wird sich die Konfiszierung derartiger
Bilderwerke sicher nicht zur Ehre anrechnen wollen. Darum:
Güterbesitzer, tut Eure Pflicht! Stellt fest, wer die Verantwortung
dafür tragen will, daß „Er“ als Erziehungsmittel für Republikaner
verworfen darf.

Engels-Gedächtnisfeier. Am Sonntag, den 28. November, vormittags
10 Uhr, in der „Neuen Welt“, Kaiserstraße 108/110: Engels-Gedächtnisfeier
zum Anlaß seines hundertsten Geburtstages. Eintrittskarten zu 2.— M.
Für zu haben bei allen Abteilungsleitern, bei den örtlichen Bildungs-
ausschüssen, in der Buchhandlung Bormann, Lindenstr. 2, bei Horst, Engel-
str. 15 und im Bureau des Bezirkbildungsausschusses, Lindenstr. 3, II. Hof IV.
Zimmer 10. Für Redakteure und Vortragenden zum Preise von 1.— M.
im Bureau des Bezirkbildungsausschusses, Lindenstr. 3, im Bezirksoberband,
an den Stellen 29, und am Eingang des Saales zu haben. Mitwirkende:
Genosse Ewald Bernheim, Registrator Emil Kühne, das Bühnenorchester
unter Leitung von Kapellmeister Negroni, der Männerchor „Namenlos“
unter Leitung des Chorleiters Thilo. — Einführungsabend. Am
Montag, den 29. November, abends 7 Uhr, in der Festhalle des Berliner
Theaters, Eingang Klosterstraße: Einführungsabend zum Festabend-
festen Vortrag mit Demonstrationen am Klavier: Dr. Alfred Dittmann.
Es wird eine Gebühr von 0,30 M. pro Person erhoben zur Deckung der
Kosten. — 3. und 4. November: Am Sonntag, den 12. Dezember, vormittags
11 Uhr, im Pflanzhof, Köpenick, 76: Beethovenkonzert. Mitwirkende:
Herr Koenigs (Klavier), das Bühnenorchester unter Leitung von Kapell-
meister Dr. F. W. Goll. Eintritt 1,20 M. Karten sind zu haben bei den
oben angeführten Stellen.

Das Bureau des Bildungsausschusses ist geöffnet von 9—4 Uhr, Donner-
stags von 9—1 und 4—7 Uhr.

Schauspielhaus Reutlin. Nachdem infolge des Festlichkeitsstreiks
der planmäßige Fortgang der Theatervorstellungen des hiesigen Schauspiel-
hauses in der „Neuen Welt“ eine Unterbrechung erlitten hat, tritt nunmehr
wieder das Volkstheater mit einem sehr bequemen Charakter
des Kabinetts. Zur Aufführung gelangt am Montag, den 29. No-
vember, 7,7 Uhr, Cito Erichs Schauspiel „Nachdem als Erzieher“. Ein-
trittskarten zum Preise von 2 M. sind ab Donnerstag, den 25. d. M., bei
den durch Plakate bekanntgegebenen Verkaufsstellen und im Bureau
des Bildungsausschusses, Zimmer 10 des Rathauses Reutlin, erhältlich.

Reutliner Volkshochschule. Den Erwartungen entsprechend, hat
bei den Volkshochschulferien in Reutlin wieder ein erhöhtes Interesse
an den fremdsprachlichen Unterricht, insbesondere für den englischen Unterricht,
besteht. Für Oktober/Dezember wurden rund 700 Hörer eingetragen, das
bedeutet gegenüber dem Vortragsjahr April/Juni 1920 ein Mehr von 100 Proz.
Die geringe Teilnehmerzahl weist die spanische Vortragreihe mit insge-
samt 48 Hörern auf.

„Zwei Jahre Republik.“ Über dieses Thema spricht am Freitag
7,7 Uhr in der Liturgiegruppe Vorleser der Jungsozialistischen Vereinigung
(J.S.V.) der mittelmittelbergische Gemeinde, Gen. Karl Göttschewitz, Mitglied
des Reichstags, in der Gemeindehalle Wulfsdorf Str. 1/6 (Ecke Demminer-
straße Brunnenstraße). — Gäste willkommen.

**Zu der vom „Friedensbund der Kriegsteilnehmer“ zu heute
abend 7,7 Uhr nach C. d. S. im Saal der „Neuen Welt“ einberufenen
öffentlichen Versammlung mit Plakat-Vorleser „Die Aufgaben der Erzieher“
und Vortrag über das „Weltgesetz“ behandeln.**

Eine Versammlung aller 14-tägigen Arbeitslosen beruft
der Reichsbund der Kriegsteilnehmer zu Freitag, den 27. November,
abends 12 Uhr, nach den Kullerstein, Köcker-Wilhelm-Strasse, ein. Thema:
„Die Arbeitsvermittlung für Kriegsteilnehmer“.

Die Langkürkerin Gudrun Gilschbrandt, die im Städtischen
Krankenhaus (Krankenhaus, Ecke Leipziger Straße) nachmittags im Café
und abends im Kurgartenlokal auftritt, hat jetzt neue Langkürperungen
komponiert, die sie nunmehr vorführt.

Ein nicht zustande gekommener Lehrerstreik

Bei einer Enttäuschung bei der Schuljugend Treptow-Baum-
gartenweg verurteilt. Die Lehrerlichkeit der Volksschulen hatte
unter 15 November dem dortigen Gemeindevorstand ein Ulti-
matum gestellt, ihr bis zum 18. November mittags auf die vom
Staat zu erwartende Gehaltssteigerung ein solches Darlehen
von insgesamt über 200 000 M. auszugeben, widrigenfalls die
Lehrer am anderen Tage in den Streik treten würden. Mit
dieser Androhung, die seitens der Lehrer auch in die Presse ge-
bracht wurde, waren einige zarte Annäherungen auf die „Gemeinde“
getrieben. Das Ganze ging von der Annahme aus, daß eine Ge-
meinde Berlin-Treptow befinde, die über eigene Mittel verfüge.
Da dies aber, wie die meisten Berliner wissen, seit dem 1. O-
ktober nicht mehr der Fall ist und das Geld in der bisherigen Ge-
meindekasse sämtlich der Stadtgemeinde Berlin gehört, konnte der
Gemeindevorstand, der „im Auftrag des Magistrats“ vorläufig die
Beschäfte weiter führt, ohne dessen Zustimmung Gelder in dieser
Höhe nicht ausgeben. Die alte Gemeindevorstellung hatte deshalb
am 2. November — also sehr schnell — beschlossen, den am 1. No-
vember eingegangenen Antrag der Lehrer dem Magistrat befür-
wortend vorzulegen. Das ist sofort geschehen und hat sich sogar der
Bürgermeister persönlich in Berlin bemüht. Trotzdem warf die
Veröffentlichung der Lehrer der Gemeinde Mangel an ernstlichen
Wünschen, ihnen zu helfen, vor. Die Auszahlung der Darlehen ist
nun bisher nicht erfolgt, der Streik ist aber trotzdem nicht aus-
gebrochen. Die Lehrer haben sich doch wohl besonnen, daß man
nicht eine Gemeinde betreffen kann, wenn man vom Staat Geld
zu erhalten hat. Charakteristisch ist dabei, daß jeder Kreis dieses
Komplexes voreilig bezeichnen, die noch vor wenigen Jahren in
der wilhelminischen Zeit jeden Streik der Arbeiter als Verbrechen
an der Allgemeinheit betrachteten.

Chef-Redakteur. Der Turnverein Obersee, M. d. K. L. u. Sp. B.
veranstaltet am Sonntag, den 27. November, abends 8 Uhr, in Köcker-
Flumenparken, mit seinen Schüler- und Schülerinnenabteilungen einen Eltern-
abend, wozu alle Eltern und Anhänger des Vereins willkommen sind.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 25. November:

- 17. Abt. Bezirksleiterführung 7,7 Uhr bei Kurzer, Caprivistr. 8. Ab-
rechnung und Rückgabe der Kassen zum Fiskusabend.
- 19. Kreis. Panow. Sitzung aller Elternbeiräte des Kreises im
Lokal von Engel, Panow, Wühlentstr. 45. Vortrag des Gen. Kreuzer
über „Die weltliche Schule und Elternbeiräte“. Da noch wichtige Mit-
teilungen zu machen sind, ist das Eröffnen aller unbedingt erforderlich.
- Jungsozialistische Vereinigung (J.S.V.). Ortsgruppe Treptow.
7 Uhr im Jugendheim, Grenzstr. 3, Regiationsabend. — Ortsgruppe
Friedrichshagen. 7,7 Uhr bei Scholz, Friedrichstraße, Ecke Linden-
straße, Vortragabend. — Ortsgruppe Hermsdorf. 8 Uhr im Land-
haus Krugzig, Neue Bismarckstr. 41, Vortrag über: „Das Erzieher-
programm“. Ref. Gen. Lepore. — Ortsgruppe Reutlin. 7 Uhr im
Jugendheim, Rosenthalstr. 53, Vortrag: „Bilderbuch“. Ref. Arthur Bieder.
— Gäste willkommen.

Morgen, 26. November:

- Elternbeiräte im 2. abteilungs Berlin-Mitte. 7,7 Uhr Versamm-
lung im Körperheim, Alte Schönhauser Str. 22/24. Vortrag über
„Rechte und Pflichten der Elternbeiräte“. Erscheinen aller Elternbeiräte
und Handhaken ist dringend notwendig.
- Elternbeiräte des Wahlkreises Friedrichshagen. Die am Freitag
15. November versammelte ist aus.
- Reutlin. 9. Abt. (früher 2. Abt.) Weltungsbewegung 7,7
Uhr, Anabend Ueberschule, Donaustr. 120. Thema: Die geschichtliche Ent-
wicklung der Arbeiterbewegung. Referent Genosse Dr. Max Schäfer. —
9. Abt. (früher 4. Abt.) Funktionärsversammlung 7,7 Uhr bei Wolf, Köcker-
Friedrichstraße Ecke Köckerstraße. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen
sämtlicher Parteimitglieder und Betriebsfunktionäre erforderlich. Referent: Genosse
Georg Wolf. — 10. Abt. (früher 10. Abt.) 7 Uhr außerordentliche Ab-
teilungsversammlung bei Bergold, Kranoldstr. 1. Sehr wichtige Tages-
ordnung.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeiter-Samaritanerkolonnen Berlin, e. V. Abteilung Weihenier
am Donnerstag, den 25. d. Mts. Mitgliederversammlung im Reutlinghaus,
Hörsingstraße, abends 7 Uhr. — **Wiederbeginn der englisch-ameri-
kanischen Vortragreihe** im englischen Seminar, Dorothienstr. 6, 6. U.,
Freitag, den 26. abends 6,7 Uhr. H. G. Schoffauer, American
Lecturers of to-day.

Zur zweiten Lesung des Reichshaushaltsplans
beim Reichstag für die Ausführung des Friedensver-
trages liegt im Reichstag eine Reihe von Entschlüssen des
Ausschusses vor. So wird die Regierung ersucht, erneut bei den
Ländern auf eine möglichst weitgehende Anstellung der vor-
maligen elsah-lothringischen Beamten zu dringen,
ferner zu bewirken, daß Zahl und Tätigkeit der im Rheinland auf-
gestellten Delegierten sich im Rahmen des Rheinland-
abkommens halten. Ueber die Kosten des Oberaus-
schusses der alliierten Mächte und die Unterhal-
tung der Besatzungstruppen sowie über die bisher vom
Reiche getätigten Lieferungen und Leistungen aus dem
Friedensvertrag soll dem Reichstag eine Denkschrift vorgelegt werden.
Ferner soll auf die Herabsetzung der Besatzungs-
kosten und auf die Begrenzung der Kosten gedrängt und der
Schaden festgestellt werden, den die Pfälzische Ueberland-
zentrale durch Aufkündigung des von der Zentrale mit der hoga-
rischen Vermögensverwaltung geschlossenen Rohstofflieferungsvertrages
durch die französische Vergebekasse erlitten hat. Der entstandene
Verlust soll auf die Reichskasse übernommen werden.
Schließlich soll dahingewirkt werden, daß uns Kriegsmaterial
aus Glockenbrönze zur Wiederherstellung zerstörter Kirchen-
glocken belassen wird. Die Kosten für den Oberauschuss werden
von 20 auf 40 Millionen Mark erhöht.

Anschließend daran berichtet
Abg. Breitscheid (U. S. rechts) über die Ausschussverhandlungen.

Abg. E. S. (Soz.):

Wir Sozialdemokraten haben in den ersten Tagen nach dem
Friedensvertrage unserer Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß
dieser Vertrag revidiert werden muß und zwar im
Interesse aller Parteien, sowohl derjenigen, die ihn erfüllen sollen,
als auch derjenigen, die die Bestimmungen des Vertrages erhoffen und
erwarten. Als Partei der Arbeiter verlangen wir an-
sichtlich des schwersten Vertrages eine Revision und Bedingungen,
denen wir nach menschemöglicher Voraussicht nachkommen können.
Für die Macht des Kapitalismus in den Entente-
ländern werden wir noch lange kein Gegengewicht
finden. Die Hauptforderungen sind Verringerung des Militäraus-
wessens seitens Deutschlands, Schadenersatz für die kriegsverwundeten
Gebiete. Das Wahnsinnige in unserer heutigen
Situation ist der Appell an die gepanzerter Faust, so wie ihn
Herr Graf in Hannover auf dem Parteitag propagiert hat.
Der betreffende Artikel der „Neuen Zeitung“ schloß mit der
Ankündigung, daß wenn das deutsche Volk erst wieder hündischfähig
sein werde, auch für und der Tag der Rache gekommen sei.
Ich werde mich an die Menschen von Durchsichtverstand:
Ist es möglich, daß die Entente auch nur einen Punkt ihres Ver-
trages ändert, wenn der Rachegeist von Seiten unserer Rechten gepredigt
wird? So lange es einen unverdächtigsten Gegner und ein
Kebandenerdret unserer Aubeutschen gibt, wird es keine Revision
des Vertrages geben.

Revision und Rache:

Das eine schlägt das andere tot, das eine schlägt das andere aus.
Jede Stimme, die bei den deutschen Wahlen für die Demokratie
abgegeben wird, ist ein Appell an das Ausland, ein Schritt
zur Revision des Vertrages. Jede Reichtstimmgebung schadet uns außer-
ordentlich in unserem Verlangen nach Revision. (Sehr richtig!) Es
gibt ja nicht nur die Revision dieses Vertrages, sondern die
Revision der ganzen Außenpolitik und der
Mentalität, aus der diese entspringen ist. Einmal der
Kapitalismus kann und darf die Mentalität unserer neuen Ansehens-
punkt bestimmen und hierin zeigt sich der Widerspruch der Gebilde,
die uns und die Herren der Rechten zu einer Revision treiben.
Denn die Herren von Weite hätten ebenfalls nur ein Verfaßtes aus
einem Sieg gemacht. (Sehr richtig!) Wir verlangen die Revision
für ein einmündiges Deutschland, das neben seinem Recht auch die
Rechte der anderen Völker nicht vergessen will (Weißl. links). Wir
müssen es den Ententevölkern klar machen, daß die Revision nicht
nur in unserem, sondern auch in ihrem eigenen Interesse liegt, so
wie dies längst in der Amsterdamer Gewerkschafts-
internationale unser französischer Genosse Jouhaux
tat, indem er daneben auf die Notwendigkeit des Wiederaufbaues
Frankreichs hinwies. (Sehr richtig!) Nur die Schaffung einer
anderen Atmosphäre bei uns wird auch eine andere Atmosphäre
in den Ententeländern und in der Welt auslösen (Weißl.
links, Unruhe rechts). Wir sehen der Festlegung der Kriegs-
schulden mit einem gewissen Mißtrauen entgegen, denn alle
bisher genannten Summen übersteigen weit unsere
Leistungsstärke. Wie kommt es, daß die für Ernährung
und Bekleidung der Vergarbeiter ausgeworfenen Summen zur
Deckung anderer Verpflichtungen verwendet wurden, wie dies der
Herr Reichsaussenminister in seiner Düsselbacher Rede zugegeben hat?
(Hört! hört!) Wir verlangen genaue Auskunft über die

Bewendung des Häuf-Gold-Mark-Fonds.

Die kommenden Verhandlungen werden entscheiden, ob der
Friedensvertrag einseitig das Todesurteil für Europa
werden wird oder nicht. Der Kernpunkt ist: Aus der Wiedergut-
machung eine Brücke zu machen, die den auch
heute noch zwischen den beiden Völkern bestehenden Schattengarten
überbrückt. Das ist nur möglich, wenn die Wiedergutmachung
zum Wiederaufbau wird. Die bisherigen Leistungen aus
dem Friedensvertrag haben unseren guten Willen bewiesen.
Aber angesichts des Verlangens in Spa, wo man mehr den
Eindruck einer Verlegenheitsarbeit als den eines aufrichtigen, an-
spruchsvollen Wiederaufbauprogramms hatte, ist es notwendig, daß sich
der auswärtige Austausch sofort mit der Ausarbeitung eines solchen
Programms beschäftigt, das die deutsche Regierung bei den
nächsten Verhandlungen dann vorlegt. (Sehr richtig!) Selbst
der große Deutschenthafter Poincaré schreibt be-
reits im Mai, daß die deutsche Hilfe nicht abgewiesen werden
würde, sondern, wenn auch unter gewisser Garantie zur Mitarbeit
beigetragen würde. Die deutsche Arbeiterchaft, die unumkehrlichen For-
derungen ihre Unterschrift verweigern möchte, verlangt eine Revision
des Friedensvertrages nicht ohne ihrerseits alles daran zu setzen,
die berechtigten Interessen der Ententevölker durch die Ausführung
des Möglichen zu erfüllen. Die geringe Kenntnis des
Friedensvertrages im Ausland ist außerordentlich bedauer-
lich, und es ist darum um so unverständlicher, daß die Regierung
der Verbreitung aufklärender Schriften, die von sozia-
listischer Seite kommen, wie der des Genossen Stamper, Schwie-
rigkeiten entgegensetzt. (Hört! hört!) Wir verlangen darüber
Auskunft und weisen nochmals darauf hin, daß unsere Forderung
auf Revision untrennbar verbunden ist mit der Forderung auf
Wiederaufbau. (Lebhafter Beifall bei den Soz.).

Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons:

Bei der Aeußerung in Düsseldorf handelte es sich um die Fest-
stellung der traurigen Tatsache, daß die eingezogenen Gelder
nicht für die vorgesehene Zwecke verwendet werden konnten, sondern
zur Deckung von Ententegebühren, die in ausländischen
Debiten gefordert wurden, verwendet werden mußten. (Hört! hört!)
Anschließend der Behauptung des Herrn Abgeordneten Wels über die
Erklärung der Verbreitung der Schrift des Abg. Stamper bitte
ich, mir genaue Unterlagen machen zu lassen, denn es ist
selbstverständlich, daß für eine deutsche Behörde niemals die Parteistellung
maßgebend sein darf.
Abg. Schreiber (Z.): Das deutsche Volk und das Auswärtige
Amt wissen immer wieder auf eine Verminderung der
überhöhen Besatzungsziffer von über 150 000 Mann
drängen. (Sehr richtig!) Wenn wir uns an den Besatzungskosten

bedulden, sind alle hochherzigen amerikanischen Viebeswerke leihen
Endes umsonst. (Sehr richtig!) Redner wendet sich dann auf
scharfste gegen die Verwendung außereuropäischer
Truppen im besetzten Gebiet und gegen die zahlreichen
Verwicklungen in die Fremdenregion, worüber bereits mehr
als 3000 Fälle bekannt wurden. (Hört! hört!) Wir sollen unterer-
seits den Friedensvertrag loyal erfüllen andererseits soll man aber
von einem geschlagenen Volk nicht Uebermensliches verlangen.
(Zustimmung.)

Abg. Dr. Reichert (Dnoll.): Der Kerger des Herrn Wels über
den Ausfall der letzten Wahl ist ein Symptom der Entwicklung der
Arbeiterchaft. Bei der persönlichen Anschauung des Herrn
Geoff gegen die Ausführungen des Abg. Wels wird der Redner
vom Vorstehenden ersucht, zur Sache zu sprechen.
Die feindliche Besatzung ist eine Willkürdiktatur zur wirt-
schaftlichen Bedrückung der besetzten Gebiete. Die Reichsregierung
müsse nie erlauben in dem Bemühen, eine Herabminderung oder
Verringerung der Besatzung zu erreichen.

Abg. Dr. Kapf (D. V.): Gegenüber den Ausführungen des Abg.
Wels weise ich darauf hin, daß die Deutsche Friedensdelegation
unter Herrn v. Bernner wiederholt Vorschläge zur
Wiederaufbaufrage gemacht hat, die aber von der franzö-
sischen Regierung abgelehnt wurden. Wenn unsere finanzielle Lage
das Stigma der Hoffnungslosigkeit an sich trägt, so hauptsächlich
aber das Kapitel der Forderungen aus dem Friedensvertrag. (Sehr
richtig!)

Abg. Dr. Breitscheid (U. Soz. rechts):

Auch wir wünschen und fordern die Abänderung des Friedens-
vertrages, wobei wir aber ersicht unter der Revision etwas anderes
bedeuten als die Rechte und zweitens uns von ganz anderen Mo-
tiven leiten lassen. (Sehr richtig! links.) Wenn breite deutsche
Massen vom Pazifismus enttäuscht sind, so trägt daran vor allem
die Siegespropaganda der Rechten Schuld und die beim
Zusammenbruch plötzlich einsetzende übermäßige Vertrauensselig-
keit in deutschen Pazifismus, der vorher für sie nichts galt. (Sehr
richtig! links.) Bei der Erhebung der Forderung auf Revision ist
es doppelt falsch, sich auf Stimmungsmache unzuver-
lässliche Verträge zu stützen, wie das anscheinend der Herr
Minister Simons getan hat mit seiner Behauptung, daß
Frankreich in Kohlen schwimme. Schon allein die Ueberlegung,
daß heute noch 80 Millionen Kubikmeter Wasser in den zerstörten
Gebieten Nordfrankreichs stehen, wodurch ein Materialschaden von
5 Milliarden Franken herbeigerufen wurde, sowie die Tatsache, daß
dadurch 20 Millionen Tonnen Förderung für Frank-
reich in Wegfall kommen, müßte jene Behauptung zumindest frag-
lich machen. (Sehr richtig!) Darüber hinaus hat aber unser Ge-
nosse Jouhaux ausdrücklich betont, daß auch in Frankreich
starke Kohlennot herrsche und die Fallanstände nur der
schlechten Verkehrsabwicklung zu verdanken seien. (Hört, hört!)
Wenn wir bis heute das Kohlenabkommen von Spa ausführen
konnten, so

nur durch die Opferwilligkeit der Vergarbeiter.

Deshalb verlangen wir Ausklärung, wo die von Frankreich abge-
führten 30 Millionen an den Goldmark-Fonds hingelommen
sind. (Sehr richtig!) Eine weitere Ausklärung der mo-
natlichen 2,5 Millionen-Tonnen-Lieferung an die Entente kann nur
dann stattfinden, wenn auf die Wünsche der Vergarbeiter
in wirtschaftlicher Beziehung Rücksicht genommen wird, das heißt,
wenn die von den Vergarbeitern längst verlangte und von der Re-
gierung zugelassene Sozialisierung des Kohlenberg-
baus endlich Tatsache wird. (Sehr richtig! links.) Wenn dies
durch Schuld der deutschen Regierung nicht geschieht, dann rückt
allerdings die Gefahr einer Beschung des Ruhrge-
bietes in drohliche Nähe. Dabei ist es selbstverständlich, daß
alle sozialistischen Parteien dem Einmarsch der Franzosen schär-
fste Widerstand entgegen sehen würden, aber es ist sehr frag-
lich, ob es richtig ist, zu erklären: Wenn Ihr einmarschieret, dann
halten wir nicht mehr länger den Vertrag, wie dies Herr Minister
Simons getan hat. (Sehr richtig!) Die Beschung des Ruhrge-
bietes wäre doch eine Rachefrage. Nach dem „Echo de Paris“,
dem französischen Generalliedblatt, denkt Frankreich an eine
Besetzung nur dann, wenn eritens Deutschland keine Kohlen liefert.
Diese Gefahr besteht vorläufig nicht. Zweitens: wenn Deutschland
seinen Verpflichtungen in bezug auf das Entwaffnungsab-
kommen nicht nachkommt. Das ist der Haken der Sache. Solche
Gefahren sind

Ostpreußen und Bayern.

Was Bayern verschuldet, muß das gesamte Deutschland büßen.
(Hört, hört!) Aber diese Gefahr kann abgewendet werden, wenn
die Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage restlos erfüllt wer-
den. Die Stimmung der Bevölkerung wächst. Alsd George hat
lebens sehr anerkennende Worte für Deutschland gefunden. Auch
die Stimmung des deutschfeindlichen „Temps“ hat sich gebessert,
wenigstens war dies vor den Parteitag in Düffel-
dorf und in Hannover der Fall. (Hört, hört!) Die Re-
paration ist durch die Okkupation auf das Aeußerste gefährdet.
Das beste Mittel zur Verständigung ist die gemeinsame Ar-
beit zum Wiederaufbau der von Deutschland zerstörten Gebiete.
Dazu müssen wir den Arbeiter Deutschlands und Frankreichs
das Wort zur Diskussion überlassen. Deutschland sollte endlich
einmal eine Summe für die Wiedergutmachung fest-
setzen, sonst wird diese ständig wachsen und unser Kredit im Aus-
lande auf das Tiefste sinken. Die Regierung soll mit einem
bestimmten Plane hervortreten. Ob die französische Presse
fordert: Sagt, was Ihr leisten wollt und leisten könnt, macht selbst
positive Vorschläge. Wir hoffen, daß eine Zeit kommt, daß an
Stelle des Friedensvertrages wirklich ein Instrument der Gerech-
tigkeit gesetzt wird. Das wird auf keinem Kongress geschehen, auch
der Völkerverbund wird uns nicht dazu verhelfen, sondern nur
die notleidenden Völker auf Seiten Frankreichs
und Deutschlands. (Beifall.)

Abg. Kress (Dem.) wendet sich gegen die optimistischen
Aeußerungen des Abg. Breitscheid über einen Teil der französischen
Presse. Inerhört sind die Kosten für die Besatzungen, so kostete
in Ludwigshafen eine einzige Kasernen 12 Millionen Mark,
eine Flugzeugstation 15 Millionen Mark, 378 Millionen sind für
Wohnungsbauten gefordert, und dabei steht zu befürchten, daß die
angeforderten 15 Milliarden nur ein Bruchteil der ganzen Summe
sind. Redner kommt dann auf die umfangreichen Erhebungen zu
sprechen, die durch die Besatzungstruppen ermöglicht und vermittelt
werden. Zum Schluß fordert der Redner die christlichen Ge-
meinschaften auf, sich auf der ganzen Welt für die Revision
des Friedensvertrages von Versailles einzusetzen, um dem Reich
zum Sieg zu verhelfen. (Lebhafter Beifall bei den Dem.)

Abg. Fried (U. Soz. links): Wir sind uns vollkommen darüber
klar, daß eine Revision auf parlamentarische Weise und mit den
Mitteln der alten Diplomatie nicht erreicht werden kann, denn in
Wirklichkeit hat nicht Frankreich oder England den Krieg gewonnen,
sondern der internationale Kapitalismus und die
internationale Arbeiterchaft hat ihn verloren.
(Sehr richtig! auf der äußersten Linken.) Deshalb kann auch eine
Revision nur durch eine internationale Aktion der revolutionären
Arbeiterchaft der ganzen Welt erzwungen werden. (Sehr richtig!
bei den Kommunisten.) Redner wendet sich dann gegen den
Ausruf Kress's an das internationale Christentum und weist
darauf hin, daß die

Verständiger des Christentums während des Krieges
eifrig mitgewirkt haben. (Sehr richtig!) Auf das Entwaff-
nungsgesetz zurückgreifend behauptet der Redner, daß die

Schlimmsten Befürchtungen der einseitigen Anwendung des Gesetzes...
Abg. Dr. Reineke (Hr.): Wir wenden und drogen, daß einzelne Beamtenkategorien von dem Gesetz ausgenommen werden sollen. Auch lehnen wir eine Detaillierung der Altersgrenze ab.
Abg. Weiser (Dnoll): Wir sind nicht grundsätzlich gegen die Festlegung einer Altersgrenze, halten aber ihre Einführung im Augenblick in Anbetracht der finanziellen Kollage des Staates für unangebracht. Wir fordern eine allgemeine Beratung der Altersgrenze und wünschen hierüber namentliche Abstimmung.
Abg. Vortels (Dem.) spricht sich über die Ausnahmefassung des Gesetzentwurfes aus.
Abg. Dellmann (D. Sp.): Die Ausnahmefassung findet nicht unsere Zustimmung.
Abg. Dr. Reineke (Hr.): Wir behalten uns unsere endgültige Stellungnahme bis zur dritten Lesung vor.
Abg. Freymuth (Soz.): Die Festlegung einer Altersgrenze ist unbedingt notwendig, weil unter Beamten zum Teil schon überaltert ist. Diese Überalterung ist sogar im Fortschreiten. Nach statistischen Feststellungen gab es am 1. Januar 1912 216 Richter im Alter von über 65 Jahren. Heute im Jahre 1920 haben wir 465 Richter, die dieses Lebensalter überschritten haben. (Hört! Hört! S. d. Soz.) Ausnahmebestimmungen zugunsten der Oberverwaltungsbehörden lehnen wir ab. Die finanzielle Tragweite des Gesetzes wird weit überschätzt. (Weilfall bei den Soz.)

Altersgrenze und Beamtenauswahl.

Finanzminister Lademann:
Die preussische Staatsregierung hat sich bereits über ein Jahrzehnt mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Gerade der gegenwärtige Zeitpunkt ist besonders geeignet, dieses Gesetz durchzuführen, weil durch den Krieg die Überalterung teilweise eine Norm angenommen hat, die einen geordneten Fortschritt der Staatsverwaltung aus der Ferne erschwert. Es handelt sich jetzt nicht mehr darum, bestimmte Gesellschaftsklassen zu bevorzugen, sondern darum, die besten Kräfte zu gewinnen. Natürlich müssen auch geeignete Sozialdemokraten in die Beamtenlaufbahn heringeführt werden, aber die Auswahl soll ohne Ansehen der Person und Partei geschehen. Die Altersgrenze von 65 Jahren ist nicht willkürlich gewählt, sondern deshalb, weil sie für den Beamten schon lange eine gewisse Rolle gespielt hat, da der Staatsbeamte das Recht hatte, sich mit 65 Jahren ohne besonderen Nachweis pensionieren zu lassen. Die Rechte der Beamten werden von dem Gesetz nicht herabsetzt, ein Gutachten des Justizministeriums hat sich in diesem Sinne ausgesprochen. Was den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes anbelangt, so wird die Wohnungsnot für die Beamten am 1. Oktober nicht geringer sein als am 1. April. Auch haben sich die Beamten in seit Monaten auf diesen Zeitpunkt einrichten können. Die Kosten, die das Gesetz verursacht, sind erträglicher als die Lebenshaltung einer überalterten, wenig leistungsfähigen Beamtenkategorie. (Sehr richtig! links. — Stürmischer Widerspruch rechts.) Es wäre ein Angriff für unseren Staat, wenn es nicht gelänge, in kurzer Zeit die Beamtenzahl den neuen Verhältnissen anzupassen. (Sehr wahr! links. — Große, anhaltende Unruhe rechts.) Wenn es jetzt unzutraglicher gibt, so haben wir es denen zu danken, die früher eine sachgemäße, unparteiische Zusammenlegung der Beamtenkategorie verstanden haben. (Weilfall links. — Andauernde große Unruhe rechts. — Der Vizepräsident bittet, den Richter ruhig anzuhören.) Sie (nach rechts) wollen politische Auseinandersetzungen mit dem Gesetz verknüpfen. Die Politik sei da mit gar nichts zu tun, denn das Altersgrenzengesetz entspringt rein sachlichen Erwägungen. (Widerspruch rechts.) Ich bitte, den Antrag Dellmann, der politische Momente hineinbringen will, abzulehnen. Den Antrag, der die Mitglieder des Landesparlamentes in bezug auf dieses Gesetz den Richtern gleichstellt, bitte ich, anzunehmen und alle übrigen Anträge abzulehnen. (Lobhafter Beifall links.)
Abg. Dr. Regenborn (Dnoll.) wird von der Linken durch lebhafteste Zwischenrufe andauernd unterbrochen, so daß seine Ausführungen zum größten Teil unverständlich bleiben.
Das Gesetz wird im wesentlichen in der Ausschussfassung angenommen.
Ein deutschnationaler Antrag, der die Heraufsetzung der Altersgrenze für nichtrichtliche Staatsbeamte von 65 auf 68 Jahre fordert, wird mit 150 Stimmen gegen 100, und zwar gegen die Stimmen der beiden Reichsparteien und des Zentrums in namentlicher Abstimmung abgelehnt.
Dr. Ing. Alsh (Dnoll.) begründet einen Antrag, die Lehrer an den wissenschaftlichen Hochschulen mit dem auf die Vollendung des 70. Lebensjahres zunächst folgenden 1. April oder 1. Oktober von ihren amtlichen Verpflichtungen zu entbinden. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Rechten und des Zentrums abgelehnt.
Ein deutschnationaler Antrag zu § 5, der die Mitglieder des Landesparlamentes den richterlichen Beamten in bezug auf die Altersgrenze gleichstellt, wird angenommen. — Ein demokratischer Antrag auf Einschaltung eines Paragraphen 7a, der das Altersgrenzengesetz auf die kommunalen Beamten ausdehnen will, wird gegen die sozialistischen Parteien und die deutschnationalen abgelehnt, ebenso ein deutschnationaler Antrag, der das Inkrafttreten des Gesetzes statt für den 1. April 1921, für den 1. Oktober 1921 in Aussicht nimmt. Angenommen wird ein Zentrumsantrag zu § 8, wonach das Gesetz auf die unmittelbaren Staatsbeamten und Volksschullehrer in den besetzten Gebieten der Provinz Oberschlesien bis auf weiteres keine Anwendung findet.
Damit ist Punkt 1 der Tagesordnung erledigt. Das Haus geht in die

Abg. Schulz-Bromberg (Dnoll.) verlangt weitgehende Unterstützung der aus dem abgetretenen Gebiet geflüchteten oder ausgewiesenen Deutschen.
Die Entschädigung über die Wiederanstellung der ehemaligen eisen-lothringischen Beamten wird angenommen, bezugnehmend der gesamte Haushalt zur Ausführung des Friedensvertrages.
Eingegangen ist eine Interpellation Trimbows (Z.) und Genossen, die sich gegen besagende Äußerungen des Direktors der Reichsgetreidestelle der rheinischen Bevölkerung gegenüber wendet. Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 1 Uhr: Interpellation Trimbows, Gesetzentwurf über die Autonomie Oberschlesiens.

Frage kommen, wenn er die ihm zugeschriebenen Äußerungen getan hat. Zur Aburteilung dieser Straftaten ist das Reichsgericht und daher zu einer Anweisung an die Staatsanwaltschaft der Reichsjustizminister zuständig. Das Reichskabinett hat aber die Vorbedingungen für die Einleitung eines Hochverratsverfahrens nicht für gegeben gehalten. (Hört, hört! rechts.)
Abg. Obuch (U. Soz. rechts): Wenn der Justizminister sagt, daß das Vertrauen zur Justizverwaltung im letzten Jahre im Volke gewachsen ist, so muß der Justizminister über die Anschauungen des Volkes sehr wenig orientiert sein. Wann kommt das neue Strafgesetz und die neue Strafprozessordnung? Auch das Zivilrecht ist dringend reformbedürftig, vor allem das Arbeiterrecht und das Erbrecht. Die Behandlung der Untersuchungsgefangenen schreit zum Himmel. Die Vorbildung der Staatsanwaltschafts- und der Strafsachverständigen für ihre Aufgaben muß entschieden verbessert werden. Die Unterbringung der Strafgefangenen ist vielfach ungenügend. Der Untersuchungsgefangene Karl Rinker ist erst nach sieben Monaten Untersuchungshaft freigelassen worden, obwohl sein Vergehen unter die Amnestie fiel. Noch immer werden Untersuchungs- und Strafgefangene gemishandelt, vor allem politische Gefangene, z. B. ein gewisser Steffens im Erfurter Gefängnis. Er wurde so lange gequält, bis er auf dem Gefängnis Hof zusammenbrach. Zu Klagen Anlaß gibt immer noch die Aushebung der Amnestie.
Es fehlt die einheitliche Instruktion der Landgerichte durch die Justizverwaltung. Die mit der Amnestie verbundene Löschung des Strafregisters wird nicht überall vorgenommen. Auch wird die Amnestie entgegen dem Gesetz von mehreren Landgerichten nicht auf das Jahr 1919 ausgedehnt. Es kommt auch vor, daß von den Verurteilten an ein und derselben Strafanstalt der eine Teil der Beschuldigten amnestiert wird, der andere nicht. Warum wird gegen die Angehörigen des Freikorps Kulob vorgegangen, die im Ruhegebiet sinnlos Arbeiter erschossen haben? Warum wird im Falle der Warburger Studenten nicht eingegriffen? Die Angehörigen der von den Warburger Studenten erschossenen werden jetzt auf den Alageweg verwiesen. Dieser Weg ist ihnen aber so lange verschlossen, bis ein Gerichtsurteil gegen die Studenten vorliegt. Warum kommt übrigens der Fall vor das Kasseler Schwurgericht und nicht vor das Gothaer, das näher zum Orte der Tat liegt? (Da der Redner seine Redezeit überschritten hat, muß er seine Ausführungen auf Anweisung des Präsidenten Leinert; nach mehreren Versuchen des Vizepräsidenten Dr. Vortels den Redner dazu zu unterbrechen, von der Rednertribüne abzutreten, abbrechen, der auf einen Beschluß des Reichstages verweist, wonach jeder Redner zum Ende nur eine Stunde sprechen soll. Lobhafter Beifall rechts. Unruhe bei den U. Soz.)
Während der Abg. Obuch noch weiterspricht, erteilt Präsident Leinert das Wort dem Vertreter des Justizministeriums: Der Justizminister hat ausdrücklich angeordnet, daß das Amnestiegesetz möglichst weitberzig ausgelegt werden soll. Wenn trotzdem Verdrüsslichkeiten in der Ausführung vorgekommen sind, so handelt es sich um Verdrüsslichkeiten, die nicht zu vermeiden sind. Die Justizverwaltung wird die vom Abg. Obuch angeführten Fälle prüfen.
Abg. Alton (U. Soz. links): Die Justizreform geht viel zu langsam vor sich. Wo Reformen eingeführt worden sind, da ist der Erfolg bisher sehr gering gewesen. In Halle sind unerhörte Urteile gegen Arbeiter gefällt worden, wegen Vergehen, die mit dem App-Buch in Verbindung standen. Es ist unerhört, daß in den Strafkammern hieselben drei Assesoren sitzen. Sie urteilen so, wie es von den Richtern gewünscht wird. (Große Unruhe rechts.) Viel zu niedrig ist die Besoldung der Justizhilfswachmeister, sie ist für kinderreiche Beamte geradezu eine Verführung zur Korruption. Dem Antrag Dellmann auf Zulassung der Frauen zur juristischen Laufbahn stimmen wir natürlich zu.
Der Abg. Borowski (Soz.) weist in einer persönlichen Bemerkung die deutschnationalen Angriffe auf seine Tätigkeit als Reichskommissar zurück.
Darauf vertagt sich das Haus auf Donnerstag 12 Uhr: Fortsetzung des Haushaltses, Gesetz über die Kirchensteuer.

lichen Forderung ist gestiftet; um über den engeren Rahmen der Mitglieder die Beteiligung an den Arbeiten auch Außenstehenden zu ermöglichen, wurde beschlossen, in geeigneten Fällen den Weg der Freisprechung zu beschreiten. Publikationsorgane ist die „Chemische Umschau“, Herausgeber Dr. Hagn, Stuttgart.

Röhre als Brennholz.
Den Binnenwasserstraßen kommt ständig höhere Bedeutung zu. Es muß alles geschehen, um die Binnenverkehr zu fördern. Durch Abgabe von Binnenröhren an die Entente ist der deutsche Binnenverkehrraum erheblich vermindert worden. Nun liegen auf den deutschen Binnenwasserstraßen besonders im Gebiet der märkischen Wasserstraßen, sehr viele reparaturbedürftige Binnenröhren. Sie gehören meist Kriegsteilnehmern, die ihre Fahrzeuge während des Krieges nicht unterhalten konnten und jetzt die hohen Reparaturkosten für die verrosteten Röhren nicht aufbringen können. Sie würden schließlich zerfallen sein, die Röhre als Brennholz zu zerlegen. Allein im Gebiete der inneren Havel sind etwa 100 Röhren ausgeschlachtet worden. Das ist ein Verlust von rund 85 000 Tonnen Transportraum. Dieses Verkommenlassen wichtiger Transportmittel muß verhindert werden. Das Reich und Preußen wollen daher gemeinsam bis zu 1/2 der Reparaturkosten den Eigentümern zur Instandsetzung ihrer Fahrzeuge zur Verfügung stellen.

Soziales.

Eine steigende Altersrente.
Durch die dänische Gesetzgebung ist eine steigende Altersrente jetzt eingeführt. Von 60 Jahre an hat der Versicherte Anspruch auf eine Rente, jedoch kann freiwillig auf den Bezug verzichtet werden. Die Rente steigt dann um ein Erhebliches. So beträgt die Rente bei 60 Jahren z. B. 788 Kronen, ein Jahr später schon 818 Kronen und fünf Jahre später 1140 Kronen. Was mit dieser Maßnahme bezweckt wird, ist ersichtlich. Man wünscht dem Heinen und immerhin nicht übermäßig hoch entwickelten Lande unter sozialen Gesichtspunkten möglichst lange die Arbeitskraft der einzelnen zu erhalten. Es wäre von Interesse, fortlaufende Beobachtungen über Inanspruchnahme dieses neuen Gesetzes zu erhalten und den Nutzen an Arbeitskraft für das Land zu berechnen. Die Kraft eines Arbeiters ist sovermögen, das bei richtiger Einschätzung und rechter Verwaltung Lebensbedingung eines jeden Staates ist.

„Volkspflege“ und Kapitalertragssteuer.
Die Volkspflege, Gewerkschafts-Genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft (Gamburg), teilt uns mit, daß die Rottis vom 14. August d. J., wonach die Versicherungen der Volkspflege von der Kapitalertragssteuer befreit seien, ohne ihr Wissen von einer Berliner Stelle veranlaßt worden sei. Die Versicherungen bei der Volkspflege unterliegen hinsichtlich der Zinsen der Prämienreserve nach den bestehenden Bestimmungen ebenso wie die aller anderen Versicherungsgesellschaften der Kapitalertragssteuer. Bei den in der Volkspflege in Frage kommenden kleinen Beträgen hat die Steuer aber nur einen sehr geringen Einfluß auf die Höhe der Versicherungsleistung.

Jugendveranstaltungen.

Heute, abends 7/8 Uhr:
Zentral-Jugendheim, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Vortrag: „Das Erlaube Programm“ — Vorträge: Jugendheim, Wagnersstraße 19, Wilmersdorf. — Neuenhagen, Jugendheim, Gemeindefaule, Niederhalden Straße. — Wilmersdorf, Jugendheim, Wilmersdorfer Straße 12. Vortrag: „Sozialismus und Volkswirtschaft“ — Chiemsee, Jugendheim, Berliner Straße 31, Wilmersdorf. — Chiemsee, Vortrag: „Ehne und Leben“ — Reinickendorf, Jugendheim, Sozial. Arbeiterklub, Wilmersdorfer Straße 12. Vortrag: „Heinrich Heine“ — Schmargendorf, Jugendheim, Beule Straße 28. Vortrag: „Sawwien“ — Regnitz-Friedenau, Jugendheim, Friedenau, Offenbacher Straße 5a, Wilmersdorf. — Schönhauser Vorstadt 1, Jugendheim, Sonnenburger Straße 20. Vortrag: „Darwinismus“ — Niederhaldenstraße, Jugendheim, Berliner Straße 31. Für die männlichen Mitglieder. Vortrag des Genossen Dr. Köpcke über: „Sexuelle Hygiene.“

Engelsteier zum Gedächtnis seines hundertsten Geburtstages am Sonntag, den 28. November, vormittags 11 Uhr, im großen Saal der „Kettenbrücke“, Rosenstraße 109/114. Karten zum Preise von 1.— Mark sind für die Mitglieder des Vereins „Arbeiter-Jugend“ im Jugendheim gratis erhältlich.

Aus aller Welt.

Bei einem Einbruch in München in der Wohnung eines verzeigten Obersten a. D. wurden im September Teppiche, Silberzeug und goldene Schmuckgegenstände im Wert von einer Million Mark gestohlen. Die vier Täter, darunter eine Witwe, die bei dem Obersten zwangsweise einquartiert war, sind jetzt verhaftet. Ein Teil der Beute, die nach Berlin verschoben worden war, ist wieder herbeigekommen.
Bombenexplosion in einem Konzert. Gegenüber einem Konzertsaal des slowenischen Musikvereins explodierte in Graz eine Bombe. Es entstand eine große Panik. Alle Fenster scheiblen wurden zertrümmert. Glücklicherweise waren keine Menschenleben zu beklagen.
Schifferei in einer Anarchistenversammlung. Der bekannte Anarchist Haure hielt in Paris einen Vortrag. Die Versammlung wurde durch Royalisten gestört, es kam zu heftigen Auseinandersetzungen. Drei Revolver schüsse wurden abgegeben; ein Student wurde schwer verwundet.

Sport.

Kartell der freien Sportvereinigungen.
Kartell. Freitag 8 1/2 Uhr (nicht 10 Uhr): Sitzung des Zentralverbandes der freien Sportvereinigungen.
Freie Turnerschaft Groß-Berlin. Tomorrow: Außerordentliche Vereinsversammlung, Abstimmung über Fortsetzung des Vereins. Bericht vom Jugendamt, Oberrealschule, Miesenerstraße 12 (Beckenfeld 1).
Freier Wanderverbund. Sonntag: Exkurs, Wilmersdorf, Hagnstraße 61, über Seeberg, Wilmersdorf.
Die freie Turnerschaft Friedenau. Mitglied des Arbeiter-Turn- und Sport-Bundes, veranstaltet am Sonntag, den 28. November, nachm. 3 Uhr, mit ihren sämtlichen Abteilungen in der Turnhalle des Realgymnasiums, Domuth- oder Schmargendorfer Straße, ein öffentliches Schauturnen. Freunde und Gönner der freien Turnerschaft sind dazu eingeladen.

Briefkasten der Redaktion.

S. 6. 53. 110 M. Am letzten Tag der Beitragsperiode (also Sonntag und Montag) — Bernhard 211120. Werden Sie sich an Carl Heymanns Verlag, Neuerstr. 45/44. — S. 28. Entlohnungen für Arbeiter, die über die für den Betrieb regelmäßige Arbeit gestellt werden, unterliegen nicht dem Steuerabzug. Werden Sie sich an das für Ihren Bezirk zuständige Finanzamt. — S. 100. Das Vollzeitspräsidentenamt. — C. S. H. 1. Rein. 2. Rein, aber vom 1. April 1915 ab. Die Abgabe beträgt 0,15 Proz. — V. S. H. 1. Entlohnungen in der Turnhalle des Realgymnasiums, Domuth- oder Schmargendorfer Straße, ein öffentliches Schauturnen. Freunde und Gönner der freien Turnerschaft sind dazu eingeladen.
Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Weit heiter, nachts teilweise neblig, sonst trocken, etwas milder bei mäßigen südlichen Winden.

Beratung über den Justizetat

Justizminister Dr. Am Rehnhoff:
Dem Abgeordneten Dr. Seelmann gegenüber muß ich folgenden richtigstellen. Der Königsberger Landgerichtspräsident Karzow ist nicht diszipliniert worden, weil auf dem Landgerichtsgelände wie auf allen anderen öffentlichen Gebäuden die schwarzweiße Flagge gehißt worden ist, sondern weil diese Flagge nur auf dem Landgericht gehißt war. Im Falle Lübbing hat der Reichstag die Genehmigung zur Eröffnung eines Verfahrens nicht erteilt. Eine Veränderung im Strafgesetzbuch kann erst erfolgen, wenn wir eine Reform des Strafgesetzbuches haben. Im Falle Sinowjew kann als strafbare Handlung nur Hochverrat in

Wirtschaft

Französische Käufe in Industriepapieren.

Ein Berichterstatter des „Handelsblades“ in Deutschland meldet, daß in den letzten Wochen erhebliche Mengen Aktien von oberdeutschen Industrieunternehmen in französische Hände übergegangen seien. Die Käufe erfolgten nicht auf direktem Wege, sondern meist auf Umwegen über die Schweiz, Holland und andere Staaten. Der Wert, der auf diese Weise in französischen Besitz gelangten Aktien läßt sich nicht abschätzen. Die Käufe, die sich nicht nur auf Aktien von Eisen- und Stahlwerken beschränken, sondern auch auf andere Industriezweige Oberschlesiens erstrecken, dauern fort. Durch den hohen Stand der französischen Valuta werden sie begünstigt, und es ist den Käufern möglich, die deutschen Aktien weit unter pari zu erwerben. In Kreisen der oberdeutschen Industrie ist man der Meinung, daß die Aktienkäufe aus politischen Gründen erfolgen, wahrscheinlich mit Rücksicht auf die bevorstehende Abstimmung. Man glaubt indessen annehmen zu können, daß es den französischen Interessengruppen bisher noch nicht gelungen ist, Anteile in einem solchen Umfange an sich zu bringen, daß die Selbstständigkeit der in Betracht kommenden Werke gefährdet erscheinen könnte.

Eine neue wissenschaftliche Zentralfelle.

Die im April dieses Jahres gegründete Wissenschaftliche Zentralfelle für Ost- und Mittelforschung hat ihre ersten Sitzungen abgehalten. Vorsitzender der beiden Ausschüsse ist Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Thoms, Direktor des Pharmazeutischen Universitätsinstituts Berlin. Zu Mitgliedern der Verwaltungsausschüsse wurden außerdem Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Holbe, Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Hübner, Prof. Dr. Kieberger, Geh. Obermedizinalrat Prof. Dr. Rübner als wissenschaftliche Mitglieder und Dr. Weinel für die Pharmazieindustrie, Direktor Benz, Bremen, für die Deilmittelindustrie, Rechtsanwalt Dr. Smetich für die Zigarettenindustrie und Dr. Meiter, Krefeld, für die Seifenindustrie als Vertreter gewählt. Die Mitarbeit bedeutender Fachleute und der großen Industrien zur Lösung der Aufgaben der Wissenschaftlichen Zentralfelle auf dem Gebiete der chemischen, analytischen, technischen und volkswirtschaft-

Der unerhörliche Verleumdungsfall.

Verleumdungen sterben bekanntlich nie aus, so oft man sie auch widerlegt. Das berühmte „es bleibt immer etwas hängen“ ist es ja, worauf die hartgeleiteten Verleumdungsleuten spekulieren. Jetzt benutzt der „Deutsche Schnellendienst für Politik und Wirtschaft“ (Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter Max Bädler), ein vom Sinneskonzern finanziertes Unternehmen, die Gelegenheit des Prinz-Prozesses, um eine ältere Verleumdung gegen Scheidemann wieder aufzuwärmen. Es handelt sich um die Verleumdungen des Hälwärs Rhodin, der bekanntlich zu schwerer Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Herr Bädler geht methodisch vor. Er erzählt zunächst, Scheidemann habe bisher seltenes Glück in seinen Prozessen gehabt, seine Gegner seien regelmäßig „kunstgerecht“ verurteilt worden. Aber — beginnt er zu reimen — es sei doch nicht so ganz richtig zugegangen, hier sei dies auszuweisen und hier das.

Nachdem Herr Bädler auf diese Weise die Sensationslust des Lesers aufgepeitscht hat, kommt nun keine eigentliche Enttarnung im Falle Rhodin. Man lese und staune:

Die Depeschen, die nach der ursprünglichen Behauptung des Angeklagten einer dem Prinzen Wigandien gestohlenen Rappe entnommen sein sollten, haben uns dieser Tage vorgelegen. Sie sind erstaunlich „echt“ gefälscht. Es trifft nicht zu, daß sie einen durchaus losen Eindruck machen, wie damals zu lesen war, und daß aus ihnen gar nichts zu entnehmen sei. Für den, der Schlüsselprogramme zu beurteilen versteht, sehen sie ganz anders aus! Juristen sind komische Käse. Sie sehen nicht rechts und nicht links. Im vorliegenden Fall hätte der Angeklagte Rhodin — nach einer der bekannten Unterredungen mit Heinrich Ellarz, wie sie jetzt auch im Prinz-Prozess eine große Rolle spielen — die Fälschung zugestanden. Er blieb auch in der Verhandlung dabei. Damit war der Tatbestand, auf Grund dessen er verurteilt werden konnte, gegeben. Die Frage, wie die Fälschungen — zu denen eine sehr erhebliche Personal- und Sachkenntnis und noch erheblichere geschäftliche Phantasie gehört hätten — eigentlich durch ihn zustande gekommen waren, blieb unerörtert. Ohne Zweifel war das nicht im Interesse seiner Aufklärung! Man kann es verstehen, wenn Herr Philipp Scheidemann ob seines Peches in der Ellarz-Affäre gereizt ist.

Herr Max Bädler möchte also seinen Lesern glauben machen, daß Rhodins Geständnis unwahr war, daß seine Verurteilung nur durch prozessuale Schiebung zustande gekommen sei, wobei er offenbar noch den Richtern, die in der Sache geurteilt haben, eine besonders „ehrenvolle“ Rolle zurechnet. Aber als ein mit stechen Wasser gewaschener Journalist (ja, wie nennt man doch solche Journalisten gleich?) macht das Herr Bädler in einer Form, daß man ihn auf nichts festnageln und nirgends stellen kann. Er knurrt halbe Vermutungen und überläßt der Phantasie des Lesers, sich das Uebrige zu denken. Aber das zeigt auch, wie wenig Mut Herr Bädler besitzt, für seine Behauptungen einzustehen, wie sehr er sich selber außerstandes fühlt, Beweise für seine leichtfertigen Andeutungen zu erbringen. Wir aber nageln doch hier etwas fest: die bodenlos feige und hinterlistige Manier, in der gegen sozialdemokratische Parteiführer gearbeitet wird.

Prozess gegen Prinz.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Nach der Mittagspause wird der Zeuge Bennide vernommen, der sich selbst als Zeuge gemeldet und als Zugführer der Soldatenwache Prinz kennen gelernt hatte. Er sagt aus: „Prinz erzählte mir, daß er dabei sei, eine Wertschüre gegen die Juden zu schreiben, mit der viel Geld zu verdienen sei, da sie sich hauptsächlich gegen Ellarz richtete. Er selbst habe in Holland noch 200 000 M. Geld zu liegen, welches noch aus dem Volkspräsidium stamme.“

Die Hohenzollern-Milliarden und — Goethe.

Katechisation.

Lehrer: Werdst mein Kind! Woher sind diese Gaben?
Tu kannst nichts von dir selber haben.
Kind: Nein! Alles hab' ich vom Papa.
Lehrer: Und der! Woher hat's der?
Kind: Vom Großpapa.
Lehrer: Nicht doch! Woher hat's denn der Großpapa bekommen?
Kind: Der — hat's genommen! — Joh. Wolfgang Goethe.

Das Deutsche Theater hat wiederum den „Krieg am Scheidewege“, Bernhard Shaw's menschlichstes Drama, in seinem Spielplan aufgenommen. Shaw, der seinen Reiz nicht nur der Verstand geliebt hat, nicht aber sein Herz, erfüllt gerade in dieser Tragödie des verachteten Genies alle Aebem des Künstlers mit eigenem Blut und eigenen Anschauungen. Der Koller, der die berühmten Ärzte an der Kasse herumführt, ist zwar ein Schurke und Hochstapler, er schändet aber auch auf das Evangelium des Michela Angelo und Rembrandt und deswegen spricht ihn Shaw in seiner Todesstunde von allen Sünden frei, bedwegen läßt er alle Spießbürger und alle Heulen eines falschen wissenschaftlichen Genies als entlarvte Ritzwässer und Karren dahinstehen. Die Reueinschuldung des Deutschen Theaters ist schädlich und ungleich. In entscheidenden Rollen versagen die Künstler. Herr Wosolowski ist ein schlechter Sir Colenso, er hat nicht die Manieren eines Mediziners, sondern nur die Bewegungen eines Landdoktors und er verlagert bei der wichtigen Rolle alles Entscheidende. Wolff hat noch immer den tragischen Humor beibehalten. Am schönsten und rührendsten war Johanna Termin.

Max Dohdori.

Theater. Die Aufführung von Bedelunds „Kammermuller“ im Trianon-Theater ist einen Unpäßlichkeit eines Hauptdarstellers auf den 26. November, abends 7 Uhr, verschoben worden. — Am Kultspielhaus wird am 1. Dezember der Schwanz „Die Schwende Jungfrau“ von Franz Arnold und Ernst Bach mit Arnold Alced in der Hauptrolle erstmals aufgeführt.

Am nächsten Sonntag der Volkshalle. Das am 28. November, mittags 4,12 Uhr, im Theater am Bülowplatz stattfindende, werden die Professoren Friedberg und Gleich Sonett von Mozart zum Vortrag bringen.

Vorträge. In einem Lichtbildervortrag bespricht der Münchener Krieger Dr. G. Rignier am Freitag 7,12 Uhr in der Volkshalle die Wunder des Schiffsbaus. Nach dem Vortrag findet Ausprache.

Obliwenz Anklang und Reize. Im Odierteatral ist in der modernen Abteilung der Berliner Nationalgalerie im Kronprinzenpalais eingerichtet worden. Er bringt sechs geliebte Werke des Schweizer Malers: zwei davon zeigen ihn in seiner ersten Entzündung: eine Ansicht des Geneseres am Abend eines Spätsommerabends, von Schwämmen und Gefäß bedeckt, 1877 entstanden; dann das Bild seiner Mutter, die mit dem Kind auf dem Schoß liegt, in der einjährigen Höhe, wo über dem Herde die Wände hängen, 1889 gemalt. Die Hauptwand des Saales gibt dann in einer schönen Steigerung ein Bild von Obliwenz trüben Schaffen: in der Mitte „Der Morgen“, eine seiner schönsten symbolischen Frauenschichten im Gemälden des jungen Tages, einmischend von zwei Bildnissen leitend monumentalen Stils, dem „Brettern“ und der „Jungfrau“. Den Schluß bildet der Entwurf Obliwenz zu seinem großen Wandbild im Rathaus von Gannover, dem „Schmerz“, von 1912.

„Ihr selbst“, so sagte Prinz, „sind dumm, daß ihr damals nicht auch von den Geldern des Volkspräsidiums profitiert habt.“ Bei Ellarz ist noch viel Geld zu verdienen, da gegen Ellarz verschiedenes vorliegt. Er, Prinz, stehe mit Rechtsanwalt Rübelle in Verbindung, der der deutschen Nationalen Partei angehöre, und von ihm bekomme er noch viel Geld. Ich selbst sollte

für Prinz eine Abschrift

herstellen, die sich auf die Sache Lehnrecht-Dugenburg beziehe. Als ich dann später in der Zeitung las, daß sich die Hilde Plaumann wegen einer solchen Abschrift das Leben genommen habe, habe ich mich darüber so geäußert, daß ich zu Heinrich Ellarz ging und ihm die Sache erzählte.

Der Zeuge, früher Oberleutnant, jetziger Oberleutnant Karl Wärgen bekundet, daß er seinerzeit nach Ausbruch der Revolution von der Kommandantur den Auftrag erhalten habe, eine Nachrichtenstelle zu organisieren, welche den Zweck hatte, alles von links kommende Material zu sammeln und dadurch Gegenmittel zu schaffen. Inoffiziell wurde uns gesagt, daß wir alles auf unsere eigene Verantwortung machen müßten. Als der Putsch vom 6. Januar einsetzte, hatte ich den Auftrag von dem Kommandanten, die Abschrift zu verhaften und dem Staatsanwalt vorzuführen. Das habe ich getan. Jedenfalls habe ich nicht den Auftrag gehabt, Leute befreit zu lassen. Wichtig ist es, daß noch eine andere Gruppe bestand, es waren dies mehrere Kapitulanten, welche sich auf eigene Faust Agenten hielten. Auf Fragen des Vorsitzenden erklärte Zeuge noch, daß er u. a. den Auftrag hatte, Ledebour zu verhaften. Zeuge erklärt weiter, bisher habe ihm erklärt, daß ein Verstoß auf die Unschädlichmachung von Lehnrecht, Dugenburg u. a. eine Belohnung ausgesetzt habe, von Ermordung dagegen sei nie etwas gesagt worden. Wer von seiner Waffe Gebrauch gemacht habe, habe das auf eigene Verantwortung getan. Die sogenannte Wörber-Liga, die im Dezember 1918 oder Januar 1920 entstand, habe sich aus mehreren Abteilungen, darunter der „Liga zum Abwehr des Bolschewismus“, zusammengesetzt. Wer hinter dem Putsch der Leute gestanden habe, die Preise auf Beiseitenschaffung gewisser Personen aussetzen, wisse er nicht.

R. A. Rübelle: Es war also ganz offiziell eine Belohnung von 100 000 M. zu erwarten? — Zeuge: Ja, das ist so. — R. A. Rübelle: Was hat das gefügt? — Zeuge: Der damalige Kommandant Fischer und ich habe es dann meinen Leuten weitergegeben. — Justizrat Dr. Werthauer: Haben Sie jemals einen von Scheidemann und Ellarz unterschriebenen Befehl gesehen, Lehnrecht gegen eine Belohnung von 100 000 M. zu ermorden? — Zeuge: Nein! — Der Zeuge bekundet weiter, daß von Tyska mit allen Leuten gearbeitet habe, mit rechts und links.

Die Zeugen Tyska und Wärgen werden hierauf vereidigt. Dem Zeugen Fritz Vollenhagen läßt Rechtsanwalt Rübelle vor, daß er einem Herrn Kauson und auch dem Herrn Plaumann gegenüber von einem von Scheidemann und Ellarz unterschriebenen Befehl gesprochen habe. Zeuge Vollenhagen erklärt, daß er dabei wohl etwas den Mund zu voll genommen habe. Der Zeuge bekundet weiter, daß er eines Tages mit der Witzkarte des Dr. Specht an Bruhn

von Prinz zu Ellarz geschickt

worden sei. Bei dieser Gelegenheit habe ihm Ellarz auch um eine Schriftprobe der Hilde Plaumann gebeten. Er habe die H. später zu Ellarz hingeführt, nachdem S. Km gelangt hätte: „Wir werden sie (die H.) zum Geständnis bringen!“ Als die H. mich abholte, habe ich der Plaumann, wie wir zu Ellarz gingen, reinen Wein eingegossen. Die Hilde war sehr erschreckt und fragte: „Was das Schriftstück ist in die Hände von Ellarz gekommen?“ Ich hatte den Eindruck, als wenn die Hilde gleich an den Werdbehl dachte. Ich sagte ihr, Ellarz wolle sie verschiedenes fragen, sie solle nur die reine Wahrheit sagen. Die Hilde erzählte mir nun, daß sie eine Abschrift des Werdbefehls niedergeschrieben habe. In der Unterredung hatte Ellarz offenbar die Absicht, der Plaumann zu beweisen, daß Prinz es gar nicht wert sei, daß sie ihn schone. Die Plaumann geschand dann auch ein, daß sie auf Diktat des Prinz die Urkunden, davon die eine mit dem Worte „Abschrift“ geschrieben habe. — Auf wiederholte Vorhaltungen bekundet der Zeuge u. a., daß Prinz nur von dem „Original“ gesprochen habe, aber

nicht von einer Abschrift.“

Leider das Zustandekommen des Geständnisses der Plaumann kommt es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Prozeßbeisitzenden und einem kleinen Zusammenstoß zwischen Justizrat Dr. Werthauer und Staatsanwalt Dohner, der im allgemeinen die Art, wie das Geständnis herbeigeführt worden, nicht aufhebt und die Art, wie Ellarz sich eine Schriftprobe der Plaumann verschafft hat, für unzulässig hält. Justizrat Dr. Werthauer tritt dieser Auffassung entschieden entgegen und stellt hierauf dringliche Vorentscheidungen. Zeuge Vollenhagen wird von den Verteidigern R. A. Richter und Rübelle noch scharf ins Zeug genommen; er bleibt dabei, daß er seinerzeit nur der Gerechtigkeit habe dienen wollen. Er habe nicht den Eindruck gehabt, daß Ellarz von der Plaumann die Bekundung von Unwahrheiten erstrebt habe. Er habe ihr nur wiederholt nahegelegt, die Wahrheit zu sagen und sie darauf hingewiesen, daß die vollständige Grenze für beide gelte. Die Verteidiger bestreiten diese Aussage in den verschiedensten Punkten und mehrfach mit seinen früheren Bekundungen in Widerspruch stehend. — Auf die Frage der Verteidiger, wieviel ihm denn das Dienen der Gerechtigkeit eingebracht habe, erklärt der Zeuge, er habe nur die verlässliche Zeit erstet bekommen, etwa 700 M. — Justizrat Dr. Werthauer: Also jedenfalls nicht 2000 M. oder einen Eder? — Zeuge: Nein. — Die Verteidiger bleiben dabei, daß Ellarz auf die Plaumann in unzulässiger Weise zur Abgabe ihres Geständnisses eingewirkt und sie erzwungen habe. — Vollenhagen verneint sodann die an ihn gerichtete weitere Frage, ob er von Ellarz noch mehr Geld erhalten oder weitere Vorteile von ihm zu erwarten habe. — Die Verteidiger betonen wiederholt, daß Ellarz ein lebhaftes Interesse daran gehabt habe, die Zeugin zu beseitigen. — Es wurde dann der Vater der verstorbenen Hilde Plaumann vernommen. Er bekundet, daß seine Tochter, während er selbst im Felde war, sich mit Prinz verlobt habe. Prinz habe mandamental gern rennommiert. Als Prinz von dem schriftlichen Ermordungsbefehl gesprochen, habe er selbst Zweifel daran gehabt, denn er traue Herrn Scheidemann so etwas nicht zu. Vollenhagen habe aber gesagt: er habe das Schriftstück auch gesehen. Zeuge Vollenhagen gibt dies als „moralisch“ an, was dem R. A. Richter zu der Bemerkung veranlaßt: Dr. Werthauer müßte doch dann den Strafantrag auch gegen Vollenhagen stellen. — Zeuge Plaumann erklärt auf Fragen u. a. noch: seine Tochter Hilde habe den Prinz immer in Schutz genommen und es sei zu Antreten zwischen beiden nie gekommen. Sie habe sogar für Prinz noch nach besten Kräften gesorgt, als dieser in Haft genommen worden war. Sie war sehr eifersüchtig auf ihn. Wichtig sei es, daß Hilde solanständig gewesen sein soll. Als Zeuge die Nachricht erhielt, daß sie sich durch Kofain vergiftet habe, sei er ganz entsetzt gewesen. — Frau Plaumann, die Mutter der Hilde, bekundet, daß ihre Tochter von Ellarz und Vollenhagen sehr eifersüchtig auf Prinz gemacht worden sei. Eines Abends sei sie sehr während auf Prinz gewesen und habe gesagt: Ellarz habe ihr gesagt, sie werde verhaftet werden und komme ins Gefängnis oder ins Ruchthaus. Sie sei etwas aufgeregt salalen gegangen. Am nächsten Morgen sei sie wieder zu Ellarz gegangen, sei von ihrer Probe weggeblieben und erst um 8 Uhr nach Hause gekommen. Ihrer Freundin hat sie erzählt, sie sei mit Ellarz zum Staatsanwalt gewesen. Nach dem Essen sei sie in ihr Zimmer gegangen und da habe man sie verhaftet und mit einem Strick um den Hals vorgefunden. Die Zeugin bestätigt den Verteidigern, daß Ellarz ihnen einen

Mann vom Verdingungsamt geschickt habe, einen gewissen Heilmann. Ellarz habe die Kosten der Verdingung tragen wollen. Ellarz habe sie dann auch zu einem Geldverleiher geschickt, von dem sie aber Geld nicht entnommen habe, da dieser Wucherzinsen verlangte. Die Zeugin bestätigt auf Vorhalt des R. A. Richter, daß bei den Verhaftungen ihrer Tochter aber das an. Schriftstück immer nur von einer „Abschrift“ die Rede gewesen sei. — R. A. Rübelle: Hat Ihre Tochter nicht kurz vor ihrem Tode gesagt: es läte ihr fürchtbar leid, was sie getan; sie wolle zum Staatsanwalt gehen und das Geständnis wieder umstößen? — Zeugin wehrt hieron nichts. — Unter den Dingen, die die Zeugin nur vom Hörensagen weiß, befindet sich auch folgende Mitteilung: Ellarz soll bei dem Besuche ihrer Tochter und Zeugin gegangenen sein und annehmend mit dem Staatsanwalt gesprochen haben: „Geben Sie den Haftbefehl auf. Schuldverdadet liegt nicht vor.“ — Zeuge Ellarz läßt hierzu laut. — Nächste Sitzung Donnerstag 9,12 Uhr.

Die Untersuchungsausschüsse.

Der Erste Untersuchungsausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der die Schuld am Krieg zu behandeln hat, beschloß auch die politische Lage unmittelbar vor dem Attentat von Sarajewo zu behandeln. Dazu wird in der nächsten Sitzung der Sachverständige Graf Königled einen orientierten Bericht über die militärischen Vorbereitungen auf der Zeit vor dem Weltkrieg vorlegen. — Der Zweite Untersuchungsausschuß (Friedensbedingungen) hat den Abg. Dreifisch (H. S. rechts) als Vorsitzenden beauftragt. Der Dritte Untersuchungsausschuß (völkerrechtliche Fragen) gab sich folgende Aufgabe: Prüfung, ob die militärischen Behörden vor und im Weltkrieg das ihrige getan haben, um den Inhalt des Haager Reglements über den Landkrieg zur allgemeinen Kenntnis von Offizieren und Mannschaften zu bringen; oder ob nicht Veröffentlichungen des Generalstabs zum Krieggebrauch erzwungen sind, die damit im Widerspruch standen und welche Politik es Folgen daraus entstanden sind. Ferner soll der Ausschuß die Verwendung der giftigen Gase prüfen, namentlich auch, wie weit die Vorbereitungen zu deren Gebrauch zurückgehen.

Der Vierte Untersuchungsausschuß, der die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs am Ende des Weltkrieges aufklären soll, konstituierte sich nach manderlei Bemerkungen seit den Reichstagswahlen neu und erörterte die ihm speziell gestellten Untersuchungsaufträge: die militärischen Machtverhältnisse im Frühjahr 1918, das Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Mannschaften, die Einwirkungen der Mithalten in der Heimat auf die Armee und die Marine, die etwaigen Einflüsse der revolutionären und der alldemokratischen Propaganda, außer den bisherigen Sachverständigen, Präsidentsent Dr. Hohmann und Oberst Scherberger, berief der Untersuchungsausschuß (vorbehaltlich der Zustimmung des Gesamtausschusses) als Sachverständige General v. Dastten und den früheren sozialdemokratischen Abgeordneten zur Nationalversammlung Genossen Simon Rabenstein.

Ein radikales Friedensprogramm.

London, 24. November. (Holländisch Newswire.) Aus Washington wird gemeldet, daß die radikalen republikanischen Gegner des von Wilson angenommenen Friedens bei Harding darauf drängen, daß ein radikales Aktionsprogramm aufgestellt werde, das folgende Punkte enthalte:

1. Vollständige Abschaffung des Versailles-Friedens.
2. Trennung der Vereinigten Staaten von der Entente, was die Erzwingung der Erfüllung der Friedensbedingungen durch die siegreichen Mächte betrifft.
3. Die Anerkennung des Friedenszustandes durch einen Kongreßbeschluss.
4. Eröffnung von Verhandlungen über freundschaftliche Verträge mit Deutschland und Oesterreich.

Die republikanischen Senatoren, die jetzt in Washington hiesigen, sind einmütig der Ansicht, daß die neue Regierung sich zunächst eines Friedens mit den Mittelmächten erkläre wird, und zwar durch eine Entschlieung, die etwa der gleich kommt, welche Krog seinerzeit vorschlug, die aber von Wilson mit dem Netz belegt wurde.

Der tschechische Parteitag.

Prag, 24. November. „Lyd“ meldet: Wandervogel hat sein Eintreffen zum Parteitag der tschechoslowakischen Sozialdemokratie bestimmt zugesagt und gedenkt eine große Rede über die Schaffung einer neuen Internationalen zu halten. Die Teilnahme der sozialdemokratischen Führer des Westens (Hudsons, Thomas, Henderson, Longuet u. a.) ist gleichfalls gesichert.

Gewerkschaftsinternationale und Reaktion.

Amsterdam, 24. November. Eine ergänzende Meldung aus London besagt, daß auf dem Kongreß des Internationalen Gewerkschaftsbundes Korwegen, Italien und Kanada gegen die Entschlieung stimmten, in der erklärt wird, daß die Gewerkschaftsbewegung ihre Forderung zum allgemeinen Streik und internationalen Boykott als wirksamer Waffe gegen die Reaktion nehmen muß.

Die amerikanischen Besatzungskosten.

Nach dem Jahresbericht des amerikanischen Generalstabschefs betragen die bisherigen Kosten der amerikanischen Besatzung in Deutschland 257 Millionen Dollar. Davon hat Deutschland nach dem gleichen Bericht bis jetzt erst 32 1/2 Millionen Mark bezahlt. Die Zahlen stimmen mit den hier schon früher bekanntgewordenen im wesentlichen überein. Sie beweisen von neuem, daß die bisher durch die Alliierten bei Deutschland angeforderten Vorschüsse zur Bedeckung der wirklich entstandenen Besatzungskosten bei weitem nicht ausreichen, und daß die von Deutschland bisher geleisteten Zahlungen kein zureichendes Bild von den ungeheuren finanziellen Kosten geben, die dem Reiche aus der Besatzung erwachsen.

Auslanderrundschau.

Auf Grund der Note der Reparationskommission vom 20. Oktober und der sich daran anschließenden mündlichen Abmachung haben am 20. und 21. d. M. mit Delegierten der Reparationskommission Verhandlungen über die Belassung von 350 000 Tonnen Schiffsraum an Deutschland stattgefunden. Die Reparationskommission hat zugestimmt, ihre Entscheidung nunmehr sobald wie möglich zu fällen; in welchem Sinne sie ausfallen wird, läßt sich zurzeit nicht sagen.

Neuer meldet aus Dublin: In der Großstadt Lippewarh ist der Führer der Sinnfeiner, Miken Kule, getötet worden. Nach einer Meldung aus Cork ist dort Dienstagabend eine Bombe explodiert, mehrere Personen wurden verwundet, darunter zwei schwer.

Rich: nur die holländischen Blätter, wie es textlich in unserer Abendausgabe heißt, sondern vor allem die Londoner Presse werdet sich in steigendem Maße gegen das brutale Vorgehen des englischen Militärs in Irland.

Der südtürkische Minister Korosec hat den Vertrag von Rapallo unter Protest unterschrieben.

